



2'2000 **MAGAZIN** DES LANDESAMTES FÜR
DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK BRANDENBURG

Mitarbeiterversammlung mit Innenminister Jörg Schönbohm

Erstmals nach seiner Amtsübernahme traf sich der Innenminister Brandenburgs, Jörg Schönbohm, mit der Belegschaft des LDS BB.

Rund 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Potsdam und den Außenstellen in Cottbus und Frankfurt (Oder) fanden sich anlässlich einer Mitarbeiterversammlung am 7. April 2000 im großen Kinosaal des neuen UCI-Kinos im Potsdam-Center ein.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Umwandlung des LDS BB in einen Landesbetrieb und der angestrebten engeren Zusammenarbeit zwischen Brandenburgischen und Berliner Behörden bzw. Betrieben, kam diesem Treffen eine besondere Bedeutung zu.

Nach einer kurzen Begrüßung sprach der Direktor des LDS BB, Arend Steenken, die acht Kernpunkte an, die sich aus den Mitarbeiterberatungen in den Monaten Februar/März 2000 herauskristallisierten. Im Vordergrund standen dabei vor allem Fragen zur bevorstehenden Umwandlung des Landesamtes in einen Landesbetrieb.

In seinem etwa 20-minütigen Statement griff Minister Schönbohm die vorgegebenen Fragestellungen auf und ging auf den Sinn, die Perspektiven und möglichen Veränderungen bei der Umstrukturierung des LDS BB ein. Tenor war, dass die Neuorientierung mehr Chancen als Risiken bringen würde und trotz verständlicher Befürchtungen – die jede Veränderung mit sich bringt – diese sich nicht als zutreffend erweisen würden. Da die Eigenverantwortung des LDS BB erhöht wird und somit auch Voraussetzungen für eine bessere Gestaltungskompetenz und Flexibilität geschaffen werden, würde sich dies auch in effizienteren betrieblichen Ergebnissen widerspiegeln.

Das Interesse für eine Eigenerwirtschaftung der Mittel und die Zunahme bei der kaufmännischen Verantwortung der Betriebsführung bedeuten nicht, dass sich das LDS BB als Landesbetrieb selbst tragen muss. Auch Befürchtungen über eine mögliche Reduzierung des Personalbestandes trat der Minister



entgegen: Es werde keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Die für alle Behörden und Institutionen des öffentlichen Dienstes angestrebte Personalreduzierung darf nur durch normale Fluktuation bzw. innerbetriebliche Umsetzungen auf Grund struktureller Veränderungen und durch die neuen Prämissen betrieblicher Aufgabenstellungen erfolgen. Dabei wird dem Dienstleistungsaspekt künftig eine höhere Bedeutung zukommen.

Minister Schönbohm unterstrich es ist besonders wichtig, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LDS BB motiviert und aus sachlicher Überzeugung die notwendigen Entscheidungen mittragen. Deshalb sollte alles dafür getan

werden, eine Einstellung bei der Belegschaft zu erzeugen, die frei davon ist, sich als Objekt administrativer Entscheidungen zu fühlen.

Auch zu einem möglichen schrittweisen Zusammengehen mit dem Statistischen Landesamt in Berlin machte der Minister einige Ausführungen.

Vor dem Hintergrund der Diskussion zu neuerlichen Fusionsbestrebungen, verwies Schönbohm auf die Möglichkeiten effizienterer Arbeit und zu erwartender Synergieeffekte, bei einer Intensivierung der Zusammenarbeit beider Statistischen Ämter. Beiden Zuhörern fanden die Aussagen des Ministers großes Interesse.

Im Anschluss an die Rede von Minister Schönbohm, konnten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LDS BB Fragen gestellt werden. Im Fragenspektrum kamen nochmals vorhandene Resentiments und Befürchtungen zur Arbeitsplatzsicherheit zum Ausdruck. Es gab Nachfragen zu rechtlichen Veränderungen, die sich mit der Gründung eines Landesbetriebes nach Landeshaushaltsordnung ergeben würden und zu Problemen einer perspektivischen Lohn- und Gehaltsangleichung. Die Fragen beantwortete Minister Schönbohm zumeist sofort und versprach in einem Fall – nach interner Prüfung – diese Fragen später zu beantworten. **FWE**

Impressum

Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dortustraße 46, 14467 Potsdam
Telefon: 0331/39-405, Telefax: 0331/39-418
E-mail: info@lds.brandenburg.de/lds/

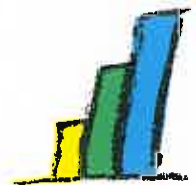
Schriftleitung: Antje Leutholf
Stellvertreter: Fritz W. Ebert
Redaktion: Torsten Haseloff, Joachim Hübner, Birgit Merten, Sabine Reichert, Regina Rothe, Doreen Scheeder, Wilfried Schenk, Brigitte Thein

ISSN: 1430-2071
Bezugspreis: 5,00 DM pro Heft

daten & fakten erscheint halbjährlich

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.



daten & fakten



„Baumunfälle“ im Land Brandenburg

4

Mitarbelterversammlung mit Innenminister Jörg Schönbohm 2

„Baumunfälle“ im Land Brandenburg 4

Die Elemente direkter Demokratie 9

interview mit Dr. Böckmann 13

Statistische KurzInformationen 15, 31

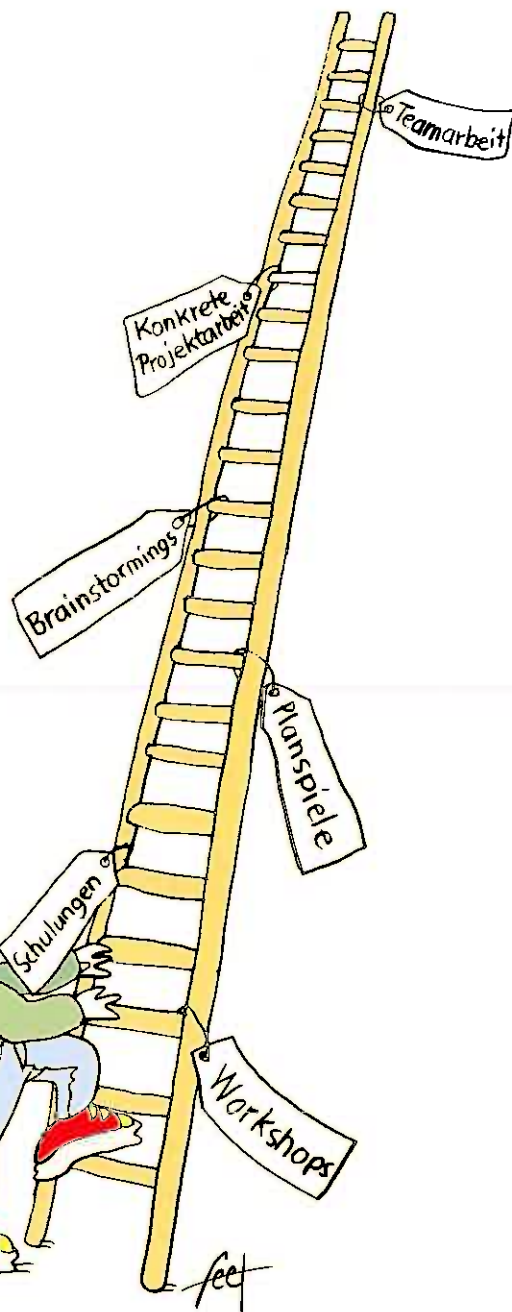
Das Ende einer Ausbildungsplatzinitiative oder der Beginn beruflicher Karrieren? 16

Neueste Publikationen des LDS BB 20, 31

Wer küsst sie wach? 21

Glück im Spiel – Pech in der Liebe 26

Einer für alle, ... 29



Wer küsst sie wach?
Frauen oder Männer – wer leidet unter größerer Wahlmüdigkeit?

21



16

Das Ende einer Ausbildungsplatzinitiative oder der Beginn beruflicher Karrieren?

MAGAZIN

DES LANDESAMTES
FÜR DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK
BRANDENBURG **2'00**

Trotz positiver Entwicklung ständiger Diskussionsstoff für Straßenplaner



„Baumunfälle“ im Land Brandenburg

Das Unfallgeschehen auf Brandenburgs Straßen steht ständig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Nicht nur die Unfallzahlen, sondern insbesondere der im Vergleich mit den anderen Bundesländern hohe Anteil der bei Verkehrsunfällen getöteten und verletzten Personen verdeutlicht die negative Unfallbilanz. Da ist es auch kein Trost, seit zwei Jahren das Schlusslicht an Mecklenburg-Vorpommern abgegeben zu haben (s. Grafik S. 6).

Besonders intensiv wird die Diskussion im Land Brandenburg zu der, trotz positiver Entwicklung, noch immer hohen Zahl an „Baumunfällen“ geführt. Die für unser Land typischen Baumalleen, die sich über rund 12 000 Kilometer des Straßennetzes erstrecken, gehören nicht nur zu den touristischen Attraktionen. Sie bestrafen in aller Regel Fahrerfehler von Fahrzeugführern, die zum

Abkommen von der Fahrbahn führen, mit dramatischen Folgen.

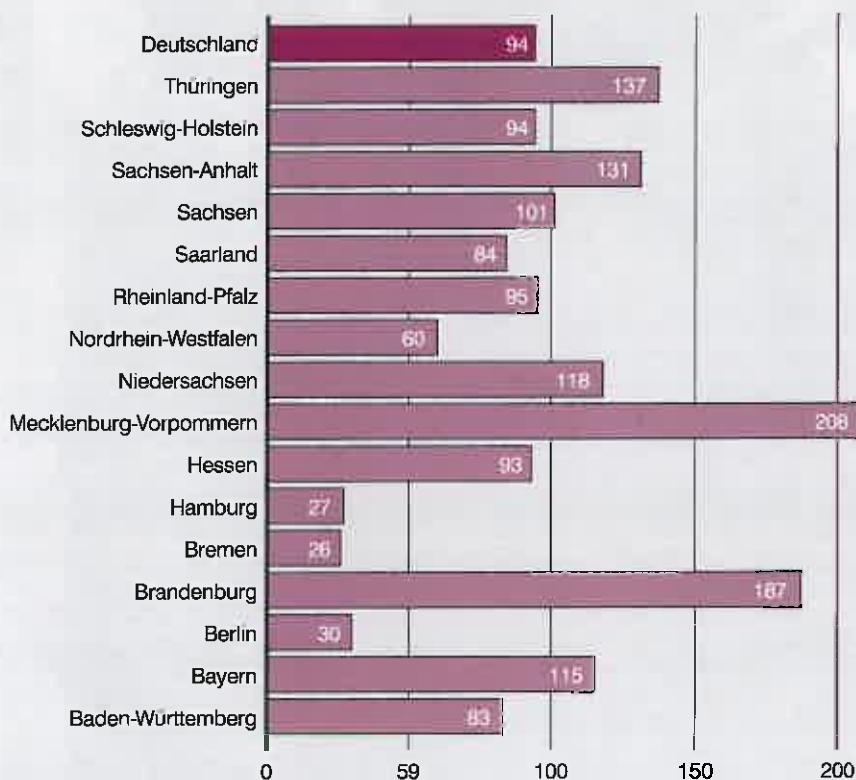
Unsere Alleen mit ihrem sehr alten Baumbestand erschweren eine sichere Straßengestaltung. Um dem heutigen hohen Verkehrsaufkommen und den Geschwindigkeiten der Fahrzeuge zu genügen, müssten die Straßen breiter ausgebaut werden. Dieser Maßnahme würden jedoch die Bäume zum Opfer fallen. Hinsichtlich ihrer Erhaltung und Pflege besteht aber ein breites gesellschaftliches Interesse. Außerdem ist ihr Schutz in der Verfassung des Landes und im Brandenburgischen Naturschutzgesetz rechtlich festgeschrieben.

Auf den rund 1 500 Kilometern Bundesstraßen und 3 300 Kilometern Landesstraßen ergriff das Land in den zurückliegenden Jahren deshalb Maßnahmen zum Schutz der Alleen und zur Verbes-





Getötete je 1 Million Einwohner 1999 nach Bundesländern



serung der Verkehrssicherheit. So wurden flächendeckend optische Wahrnehmungshilfen angebracht, wie auf geraden Streckenabschnitten der weiße Anstrich der Baumstämme sowie „Baumspiegel“ in den Kurven. Weiterhin wurden schnell realisierbare Maßnahmen, wie zum Beispiel Fahrbahnrandmarkierungen, Leitplanken, Schutzplanken und kleinere bauliche Maßnahmen in die Tat umgesetzt.

In dem 1998 in Kraft getretenen gemeinsamen Runderlass des Verkehrsministers und des Innenministers, dem sogenannten „Alleenerlass“ wurden u.a. den Straßenverkehrsbehörden verschiedene Rechte eingeräumt, wie z.B. die Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit und das Erteilen von Überholverbieten auf Alleen außerhalb geschlossener Ortschaften. Der Alleenerlass ergänzte die bisherige intensiv betriebene Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei und den starken Überwachungsdruck auf den Straßen. Jedoch muss sich jeder einzelne Verkehrsteilnehmer der Bedeutung seiner persönlichen Verantwortung im Straßenverkehr bewusst werden.

Für die Bewertung der bisher durchgeführten Maßnahmen und der Verkehrssi-

cherheitslage ist eine analytische Betrachtung des Unfallgeschehens erforderlich. Die amtliche Statistik liefert hierzu die notwendigen Daten, die den Streit von Befürwortern und Gegnern der Alleen versachlichen können.

Seit dem Jahr 1995 wird bundesweit nach einer Novellierung des Straßenverkehrsunfallstatistikgesetzes in der Verkehrsunfallanzeige der Polizei unter dem Merkmal „Aufprall auf ein Hindernis neben der Fahrbahn“ jeder sogenannte „Baumunfall“ erfasst.

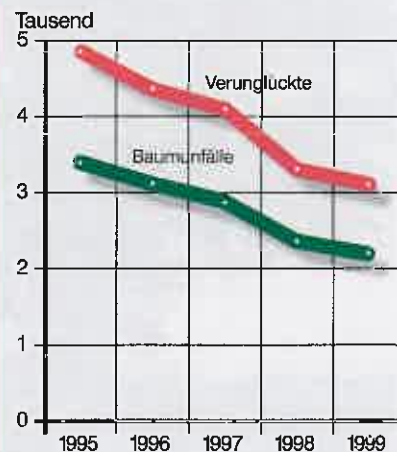
Zum Baumunfallgeschehen

Im Jahr 1999 ereigneten sich im Land Brandenburg 2852 Baumunfälle mit schweren Folgen, davon endeten drei Viertel der Unfälle mit Personenschaden und ein Viertel mit schwer wiegendem Sachschaden. Seit 1995 sank die Zahl der Unfälle um mehr als ein Drittel. Der Anteil der Baumunfälle mit schweren Folgen an den schweren Unfällen insgesamt ging von 19,5 Prozent im Jahr 1995 auf 14,5 Prozent im Jahr 1999 zurück.

Alle weiteren Betrachtungen konzentrieren sich auf die Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen.

Bei 2217 Baumunfällen wurden im vergangenen Jahr 244 Personen getötet, weitere 1523 schwer und 1385 leicht verletzt. Im Vergleich zum gesamten Unfallgeschehen bedeutet dies, dass 1999 knapp 15 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden Baumunfälle waren. Die Folgen von Baumunfällen sind allerdings häufig wesentlich schwerer als bei anderen Unfällen. So kamen über die Hälfte aller Verkehrstoten bei Baumunfällen ums Leben. Der Anteil der schwer Verletzten lag mit rund 27 Prozent ebenfalls überproportional hoch. Gegenüber 1995 verringerte sich die Zahl der Baumunfälle um 34,7 Prozent und die der dabei Verunglückten um 35,7 Prozent. Wesentlich stärker war mit 40,8 Prozent der Rückgang der Getöteten. Die Verletztenzahl ging um 35,2 Prozent zurück.

Entwicklung der „Baumunfälle“ und der dabei Verunglückten 1995–1999



Sowohl die absoluten Unfallzahlen als auch der Anteil der Baumunfälle an den Personenschadensunfällen insgesamt zeigten einen relativ kontinuierlichen Rückgang.

Es ist zu vermuten, dass sich die Präventivmaßnahmen positiv auf das Unfallgeschehen auswirkten. Jedoch ist die Zahl der Baumunfälle immer noch viel zu hoch (s. Tabelle S. 7).

In den vergangenen fünf Jahren verunglückten durchschnittlich bei 100 Unfällen 143 Personen, 132 trugen Verletzungen davon und elf Menschen kamen ums Leben.

Im Gegensatz zur sinkenden Häufigkeit der Baumunfälle hat die Unfallschwere – Zahl der Verunglückten bezogen auf die Zahl der Baumunfälle – im Zeitvergleich bei den Verletzten nicht und bei

den Getöteten nur wenig abgenommen. Über drei Viertel aller Baumunfälle mit Personenschaden ereigneten sich außerhalb von Ortschaften. Dabei wurden fast 90 Prozent der bei Baumunfällen Verunglückten getötet und rund 75 Prozent schwer oder leicht verletzt.

Da fast die Hälfte des überörtlichen Straßennetzes Landesstraßen sind, erklärt sich auf diesen der höchste Anteil von Baumunfällen (44,4 Prozent).

Obwohl das Kreisstraßennetz des Landes länger als das der Bundesstraßen ist, wurden auf den Kreisstraßen erheblich weniger Baumunfälle gezählt (9,3 Prozent) als auf den schneller zu befahrenden Bundesstraßen (31,5 Prozent). Bezogen auf die Straßenlänge sind die Bundesstraßen Schwerpunkt „Nr. 1“ bei den Baumunfällen im Land.

Mit anteiligen 2,5 Prozent Baumunfällen spielen die zum größten Teil leitplankengesicherten Bundesautobahnen eine untergeordnete Rolle.

Hauptsächliche Ursachen von Baumunfällen

Die Hauptursache von Baumunfällen war 1999 überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit. Fast die Hälfte der Unfälle mit Personenschaden waren allein auf zu schnelles Fahren zurückzuführen. Dabei sind noch nicht einmal solche Unfälle enthalten, die die Hauptverursacher, fahrbeeinträchtigt von Alkohol, Medikamenten, Drogen o. Ä., durch Raserei verursachten.

Die zweithäufigste Unfallursache war das Fahren unter Alkoholeinfluss. Zu 15,2 Prozent wurde bei den Unfallbetei-

ligten Alkoholeinwirkung festgestellt, d.h. sie waren mit einer Blutalkoholkonzentration ab 0,3 Promille in ihrer Fahrtüchtigkeit beeinträchtigt.

Als weitere Unfallursachen kristallisierten sich das Benutzen der falschen Fahrbahn oder der Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot (Anteil = 9,9 Prozent) sowie das falsche Überholen (Anteil = 5,9 Prozent) heraus (s. Grafik S. 8).

Entwicklung von Baumunfällen nach dem Unfallzeitpunkt

Aus den vorliegenden Unfalldaten geht hervor, dass der Anteil der Baumunfälle in den Sommermonaten wesentlich

benzustandsverhältnissen sowie einer daran nicht angepassten Fahrweise der Kraftfahrzeugführer.

1999 war im Monat Februar durch Eis- und Schneeglätte der Anteil der Baumunfälle an den monatlichen Unfällen (26,0 Prozent) am höchsten, so auch bei den Getöteten (60,0 Prozent) und Verletzten (26,1 Prozent).

Die meisten Baumunfälle geschahen im Jahr 1999 an Wochenenden. Von Freitag bis Sonntag ereigneten sich etwas über die Hälfte aller Unfälle, wobei die Unfallfolgen häufig schwer wiegender waren als an den anderen Wochentagen. So lag der Anteil der an Wochenenden durch einen Baumunfall Getöteten sogar bei 59 Prozent.

In den Morgenstunden zwischen fünf und acht Uhr sowie in den Nachmittagsstunden zwischen 13 und 17 Uhr war die Gefahr am größten, bei einem Unfall im Zusammenhang mit einem Aufprall an einen Baum zu verunglücken. Auffällig ist die bei Nachmittagsunfällen höhere Verunglücktenzahl je Unfall als in den Morgenstunden (s. Grafik S. 8).



Hoher Anteil Jugendlicher als Hauptverursacher von Baumunfällen

Im vergangenen Jahr wurden 928 Baumunfälle mit Personenschaden von der Polizei aufgenommen, bei denen der Hauptverursacher des Unfalls ein Jugendlicher war.

Bei diesen Unfällen wurden 114 Personen getötet und 1 318 Personen schwer oder leicht verletzt.

Im Vergleich zu 1995 ist die Zahl der durch Jugendliche verursachten Baumunfälle zwar ebenfalls gesunken, der Rückgang war mit 15 Prozent jedoch bei weitem nicht so ausgeprägt wie bei den übrigen Personengruppen (44 Prozent). Folglich stieg der prozentuale Anteil der durch die 18- bis unter 25-Jährigen verursachten Baumunfälle in den vergangenen Jahren an. Während im Jahr 1995 rund 32 Prozent der Baumunfälle durch Jugendliche verursacht wurden, stieg dieser Anteil 1999 auf fast 42 Prozent an.

Noch deutlicher zeigt sich diese erschreckende Entwicklung bei den Getö-

niedriger liegt als in den Wintermonaten. Daraus lässt sich schließen, dass die Zahl der Baumunfälle auch stark abhängig ist von ungünstigen Witterungsbedingungen, schlechten Stra-

Anteil der Baumunfälle mit Personenschaden und der dabei Verunglückten 1995–1999 in Prozent

Jahr	Baumunfälle mit Personenschaden	dabei Getötete	dabei Verletzte
1995	20,6	53,6	20,7
1996	20,0	53,4	20,0
1997	18,5	52,4	19,1
1998	16,4	49,3	16,9
1999	14,9	50,2	16,4

teten. 1995 wurden etwa ein Drittel der Verunglückten bei Baumunfällen durch das Verschulden Jugendlicher getötet, 1999 wuchs der Anteil auf beinahe 47 Prozent.

Zu 94 Prozent waren die 18- bis unter 25-Jährigen Hauptverursacher mit Personenkraftwagen unterwegs. Baumunfälle haben sie zu geringen Anteilen auch als Lkw-Fahrer, als Fahrer von Motorzweirädern und Fahrradfahrer verursacht.

Bei durch Jugendliche verursachten Baumunfällen wurde 1999 zu 68 Prozent überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit als erste Unfallursache festgestellt. Die Beeinträchtigung der Verkehrstüchtigkeit durch Alkoholeinfluss liegt mit über 14 Prozent auf dem zweiten Rang der Ursachen. Fehler beim Überholen wurden mit knapp acht Prozent als dritte Hauptursache registriert.

Jugendliche verursachten hauptsächlich an Wochenenden Baumunfälle, die durch die Medien auch als sogenannte Diskounfälle bekannt wurden.

Bei den durch diese Jugendliche verursachten Baumunfällen kamen immerhin über zwei Drittel der Getöteten in der Zeit von Freitag bis Sonntag ums Leben.

In welchem hohem Maße Jugendliche in Baumunfällen verwickelt waren, verdeutlicht auch die Tatsache, dass von den 18- bis unter 25-Jährigen etwa 42 Prozent aller Baumunfälle mit Personenschaden verursacht wurden. Dabei repräsentiert diese Altersgruppe „nur“ einen Bevölkerungsanteil von rund zehn Prozent der Personen, die theoretisch im Besitz eines Führerscheins sein könnten.

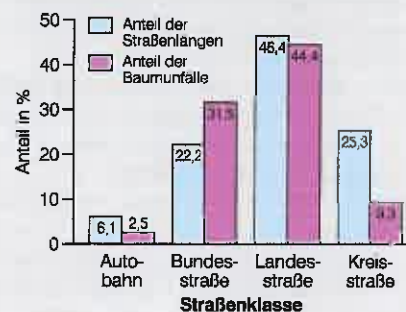
Baumunfälle nach Verwaltungsbezirken

Bezogen auf die Bevölkerung war die Gefahr, 1999 in einen Baumunfall verwickelt zu werden, nach allen Betrachtungen in den Landkreisen Dahme-Spree, Märkisch-Oderland und Teltow-Fläming am größten. In Dahme-Spree ereigneten sich 148, in Märkisch-Oderland 133 und in Teltow-Fläming 123 Baumunfälle je 100 000 Einwohner. Der Landesdurchschnitt lag bei 86 Baumunfälle je 100 000 Einwohner.

In der Uckermark und in der Prignitz waren trotz geringerer Unfallzahlen die Folgen erheblich schwerer als in allen anderen Kreisen. In der Uckermark kamen 17 Menschen je 100 000 Einwohner bei einem Baumunfall ums Leben, in der Prignitz waren es 15. Der Landesdurchschnitt lag bei neun Getöteten je 100 000 Einwohner.

Der Landkreis Oberspreewald-Lausitz schneidet bei den Untersuchungen am besten ab, denn es wurde die geringste Zahl an Unfällen und an Getöteten sowohl absolut als auch bezogen auf die Bevölkerung festgestellt.

Anteil der Straßenlängen der Straßenklassen am überörtlichen Straßennetz sowie der Anteil der Baumunfälle nach Straßenklassen



Die kreisfreien Städte sind bei diesen Betrachtungen von nicht so großer Bedeutung. Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam lagen im Jahr 1999 mit einem Anteil von insgesamt 3,2 Prozent an allen Baumunfällen weit hinter den Zahlen der Landkreise.

Fazit

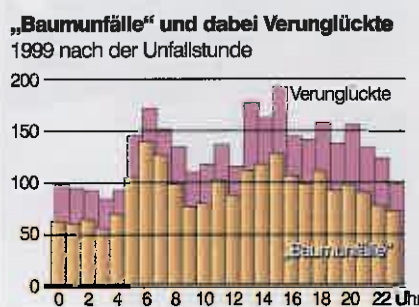
Die positive Tendenz bei den Baumunfällen im Land Brandenburg ist deutlich erkennbar.

Diese Entwicklung wurde mitbestimmt durch die zwischen Verkehrs- und Innenministerium vereinbarte Konzeption zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf Brandenburger Alleen. Offensichtlich beginnt der „Alteenerlass“ zu wirken.

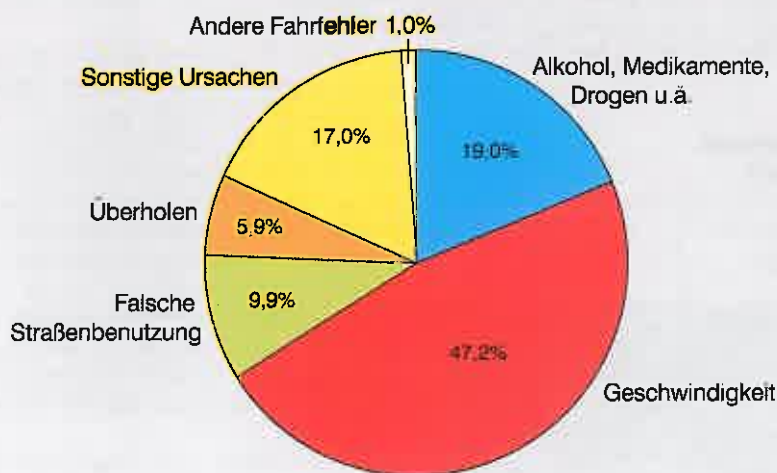
Auch zukünftig wird eine strenge Verkehrsüberwachung ein Schwerpunkt polizeilicher Verkehrssicherheitsarbeit sein, u.a. mit verstärkten stationären und mobilen Geschwindigkeitsüberwachungen.

Außerdem wird weiterhin die verkehrserzieherische Arbeit in Schulen und mit Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Insbesondere die Unfallentwicklung der jungen Fahrer und Fahrerinnen zeigt, dass die verkehrserzieherischen Maßnahmen weiter fortgesetzt werden müssen, wie z.B. die „Crash-Test-Diskos“ der Polizeipräsidien und die Aktion des Bundesverkehrsministeriums und des Deutschen Verkehrssicherheitsrates „Darauf fahr ich ab. Nur nüchtern am Steuer...“.

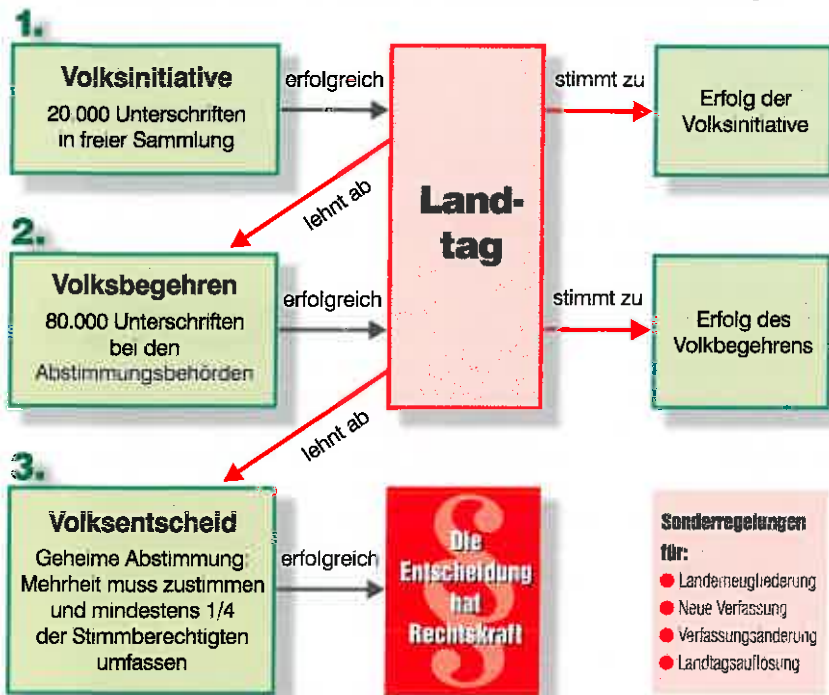
Uta Erben



Anteil ausgewählter Ursachen von „Baumunfällen“ 1999 in Prozent



Direkte Demokratie in Brandenburg



Direkte Demokratie im Bund – das skeptische Grundgesetz

Das Grundgesetz als Verfassung für ganz Deutschland kennt Volksbefragungen oder direkte Entscheidungen der Bürger nur in ganz geringem Umfang. So findet weder die Wahl des Bundespräsidenten direkt statt, noch besteht die Möglichkeit über bestimmte Politikfelder (z.B. Wehrpflicht, Abtreibung, Atompolitik, Beteiligung an Nato-Interventionen, EURO-Einführung) abzustimmen. Nur für die Frage des Neuzuschnitts von Bundesländern sind Volksbefragungen vorgesehen. Damit unterscheidet sich das Grundgesetz maßgeblich von den Verfassungen anderer Staaten. So hat z. B. Frankreich über den Vertrag von Maastricht eine Volksabstimmung abgehalten, während in der Bundesrepublik nur eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht geführt werden konnte. Ein Paradebeispiel der direkten Demokratie ist die Schweiz, in der Volksabstimmungen über alle Politikfelder traditionell großes Gewicht zukommt, ein Beweis des Vertrauens in die politische Mündigkeit der Bürger.

Bei der Verabschiedung des Grundgesetzes dagegen überwog noch die Skepsis, dass das Mittel der Volksbefragung in der jungen Demokratie des Jahres 1949 von extremen politischen Gruppierungen missbraucht werden könnte. Auch vor einer Direktwahl des Präsidenten schreckte man vor dem Hintergrund der Weimarer Erfahrungen und dem Übergang zur NS-Diktatur zurück. Zwar steht in Art. 20 Abs. 2 GG, dass das Volk die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen ausübt, doch wurde für letztere kein Verfahren vorgesehen und es ist bis heute unter Juristen umstritten, ob Volksabstimmungen über den derzeitigen geringen Umfang hinaus nach dem Grundgesetz überhaupt zulässig wären. Allerdings gibt es jetzt Pläne der Bundesregierung, die direkte Demokratie auf Bundesebene zu stärken.

Brandenburger Verfassung: Die Elemente direkter Demokratie

Der folgende Beitrag zeigt die Möglichkeiten der Bürger im Land Brandenburg auf, sich direkt durch Sachentscheidungen in die Politik einzubringen und vergleicht das Brandenburger Verfahren mit den Regelungen des Grundgesetzes und anderer Länder. Zum Schluss erlaubt er einen Ausblick auf den Einsatz des Internets für die Demokratie.

Direkte Demokratie – ein Mittel gegen den Wählerfrust?

Wer zum Zeitpunkt von Wahlen durch das Land fährt, hört rechts und links immer wieder die Klagen, „Es bleibt doch eh´ alles beim alten“ oder „Die da

oben tun doch sowieso, was sie wollen“. Ein Ausdruck der Unzufriedenheit darüber, wie wenig Einfluss die einmalige Stimmabgabe alle vier bis fünf Jahre auf die tatsächliche Politikgestaltung hat. Während also bei den Parlamentswahlen der Wille des einzelnen Bürgers nur eine Richtungsentscheidung ermöglicht, kann er bei der direkten Beteiligung im Wege von Volksabstimmungen unmittelbar auf die einzelne Sachentscheidung Einfluss nehmen. Sein Wunsch findet sich direkt in der Entscheidung. Es wird dem Einzelnen kein Kompromiss abverlangt, wie z. B. SPD zu wählen, obwohl diese sich für die Fusion Berlin-Brandenburg einsetzt, sondern der Bürger kann seine Meinung direkt kund tun, indem er beispielsweise direkt gegen den Länderzusammenschluss stimmt.

Direkte Demokratie in Brandenburg – die aktive Verfassung

Während also beim Erlass des Grundgesetzes die Skepsis überwog und die direkte Beteiligung der Bürger nur wenig Bedeutung erlangt hat, steht die Brandenburger Landesverfassung (LV) voller Vertrauen den Bürgern gegenüber. Nach den hoffnungsvollen Erfah-

rungen der friedlichen Revolution 1989 gewährt sie einen erheblich größeren Spielraum für Beteiligungsmöglichkeiten als der Bund und die alten Bundesländer. Sie knüpft damit an Überlegungen des Runden Tisches der Wendezeit für eine neue DDR-Verfassung an und orientiert sich an der 1990 reformierten Verfassung von Schleswig-Holstein. Den Bürgern des Landes Brandenburg werden damit vergleichsweise umfassende politische Gestaltungsrechte eingeräumt. So kommt es, dass die Brandenburger im kurzen Zeitraum nach der Wiedervereinigung schon zwei elementare Grundentscheidungen treffen konnten, denn wegen der besonderen Bedeutung ist in zwei Fällen zwingend die Befragung aller Bürger vorgesehen. Nach Art. 115 LV muss über eine neue Verfassung und nach Art. 116 LV über die Neugliederung des Raumes Berlin-Brandenburg abgestimmt werden.

Die erste grundlegende Entscheidung war die Volksabstimmung über die neue Brandenburger Landesverfassung, die am 14. Juni 1992 mit großer Mehrheit angenommen wurde. Bei einer Beteiligung von 47 Prozent der Wähler haben über 94 Prozent den Entwurf gutgeheißen.

Ein ganz anderes Schicksal widerfuhr dagegen dem ersten Anlauf zur Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg. Bei einer sehr hohen Beteiligung – mehr als zwei Drittel aller Wahlberechtigten nahmen an der Abstimmung teil – fast 19 Prozentpunkte mehr als am Verfassungsreferendum – lehnte eine klare Mehrheit von 62,7 Prozent den vorgelegten Entwurf zur Länderfusion ab, wohingegen in Berlin 53,6 Prozent der Länderfusion zustimmten.

a) Die drei Stufen der direkten Beteiligung

Doch neben diesen beiden weitreichenden – und meist stark von den etablierten politischen Gruppierungen bestimmten – Themen eröffnet die Verfassung auch anderen Zusammenschlüssen von Bürgern die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung.

Grundlage ist ein gestuftes Verfahren, das in Art. 22 und 76 bis 78 Landesverfassung vorgesehen und im Volksabstimmungsgesetz genauer ausgeführt ist. Dabei muss die Beteiligung der Wähler drei verschiedene Phasen durchlaufen, falls sich der Landtag die Vorschläge nicht zuvor zu eigen macht. Die einzelnen Stufen sollen garantieren, dass die vorgebrachten Ideen mit stei-

gender politischer Bedeutung auch einen Mindestrückhalt in der Bevölkerung finden und aus einer gesellschaftlichen Diskussion erwachsen.

Die erste Phase ist das Stadium der **Volksinitiative**. Gegenstand ist ein von den Initiatoren erarbeiteter Gesetzesentwurf oder Abstimmungsvorschlag, der innerhalb eines Jahres von mindestens 20 000 abstimmungsberechtigten Brandenburgern unterschrieben werden muss. Im Gegensatz zu den folgenden Stufen können hier sogar EU-Bürger und Ausländer mit Aufenthalts-erlaubnis im Land Brandenburg teilnehmen. Dabei erfolgt die Unterstützung in einer sogenannten freien Unterschriftensammlung, d. h. die Bürger können auf der Straße, zu Hause, an beliebigen Orten unterschreiben. Wenn der Inhalt der Volksinitiative überwiegend jugendliche Interessen betrifft, so wird die Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre gesenkt. Diese Volksinitiative ist dem Landtag, vertreten durch den Landtagspräsidenten, zu unterbreiten. Vom Landesabstimmungsleiter wird u. a. geprüft, ob genügend Unterschriften vorliegen. Ist die Volksinitiative zulässig, muss der Landtag, innerhalb von vier Monaten nach Eingang entscheiden, ob er sich die Initiative zu eigen macht. Folgt er dem Anliegen, haben die Bürger ihr Ziel erreicht. Stimmt er innerhalb des Zeitraums nicht zu, so folgt die nächste Stufe:

Die Initiatoren können nun die Durchführung eines **Volksbegehrens** verlangen. Hält die Landesregierung das Volksbegehren für zulässig, so wird der Landesabstimmungsleiter mit der Durchführung beauftragt. Dazu werden in Abstimmungsbehörden im ganzen Land Brandenburg Unterschriftenlisten ausgelegt, in die sich die Bürger eintragen können, die das Begehren unterstützen. Die amtliche Aufsicht soll sicherstellen, dass die Eintragung ordnungsgemäß erfolgt. Geben mindestens 80 000 zustimmende Bürger eine gültige Unterschrift ab, so wird das Volksbegehren erneut im Landtag behandelt, der anhand der nun nachgewiesenen großen Unterstützung in der Bevölkerung überdenken muss, ob er sich nicht doch dem Antrag anschließt.

Lehnt er erneut die entsprechenden Entwürfe ab, so kommt es zu einem **Volksentscheid**. Dieser geschieht nicht mehr durch eine Unterschriftensammlung, sondern gleicht der Abstimmung über die Länderfusion oder die Verfassung. Der Wähler stimmt im Wahl-

lokal mit Stimmzettel darüber ab, ob er den Entwurf der Initiatoren befürwortet oder nicht. Bejaht die Mehrheit der Abstimmenden den Vorschlag und entspricht diese Mehrheit einem Viertel der Stimmberechtigten im Land, so ist der Volksentscheid erfolgreich und erwächst zu Rechtskraft.

Gegen die Entscheidungen des Landtags über die Zulässigkeit u. Ä. steht der Rechtsweg zum Landesverfassungsgericht offen.

b) Darf das Volk die Neuwahl des Landtags verlangen?

Innerhalb der fünfjährigen Legislaturperiode des Landtages können sich solche Veränderungen ergeben, dass die Wähler den Politikern nicht nur inhaltlich Anstöße geben möchten, sondern mit der Regierungsarbeit so grundsätzlich unzufrieden sind, dass sie eine Neuwahl fordern. Für eine solche grundlegende Entscheidung sind andere Mehrheiten erforderlich als für inhaltliche Entwürfe. So muss die Volksinitiative mindestens 150 000 und das Volksbegehren 200 000 gültige Unterschriften aufweisen. Kommt es zu einem Volksentscheid über die Auflösung des Landtages, so ist dieser erfolgreich, wenn zwei Drittel der Teilnehmer zustimmen, sofern diese mindestens die Hälfte der Abstimmungsberechtigten im Land Brandenburg ausmachen. Letztere Mehrheitsanforderung gilt auch für einen Volksentscheid, der die Änderung der Landesverfassung zum Inhalt hat.

In Europa – nur eine Zukunftsvision?

Während also jüngere Verfassungen als das Grundgesetz der direkten Beteiligung der Wähler positiver gegenüberstehen, gibt es für solche Gestaltungsmöglichkeiten auch auf europäischer Ebene weder Regelungen noch Entwürfe. Das mag derzeit noch mit den besonderen Schwierigkeiten der unterschiedlichen Wahlverfahren und nationalen Traditionen sowie der verschiedenen Sprachen zusammenhängen. Darüber hinaus bestehen noch große Ängste und Vorbehalte gegenüber der Demokratie auf europäischer Ebene. Die nationalen Regierungen und Parlamente fürchten, an Einfluss zu verlieren und ziehen sich auf das traditionelle Staatsverständnis zurück. Daher wird es wohl noch längere Zeit dabei bleiben, dass nur alle fünf Jahre ein Europäisches Parlament gewählt wird. Dass dessen

Volksbegehren

Ein Volksbegehren ist dann zustande gekommen, wenn **mindestens 80 000 gültige Eintragungen** in den Eintragungslisten gemäß § 15 bis § 21 VAGBbg festgestellt werden

Termin der Bekanntmachung zur Durchführung eines Volksbegehrens	Gegenstand	Gesamtzahl der Eintragungen	Zahl der gültigen Eintragungen	Zahl der gültigen Eintragungen ausreichend?
Juni 1993	Kreisneugliederungsgesetz	9 479	9 259	– nein –
Dezember 1993	Kreisstadt Finsterwalde	6 390	6 125	– nein –
März 1996	Gegen das Verkehrsprojekt 17 Deutsche Einheit – kein Wasserstraßenbau in Brandenburg	59 478	58 306	– nein –
August 1997	NEIN zum „Transrapid Berlin–Hamburg“	71 089	69 570	– nein –
Februar 2000	Gesetz zur Förderung von Musikschulen im Land Brandenburg	Eintragsfrist: 20.03.2000 bis 19.7.2000		

Volksentscheide/Volksabstimmungen

Der Gegenstand eines Volksentscheides (z. B. Gesetzentwurf) ist angenommen gemäß § 50 VAGBbg, wenn die Mehrheit derjenigen, die ihre Stimme abgegeben haben, jedoch mindestens ein Viertel der stimmberechtigten Personen, zugestimmt haben (**qualifizierte Mehrheit**)

Abstimmungstag	Gegenstand	Abstimmungs- beteiligung	Anteil der gültigen Ja-Stimmen	Anteil der gültigen Nein-Stimmen	Ergebnis
14.06.1992	Volksentscheid über die Verfassung des Landes Brandenburg	47,93 %	94,04 %	5,96 %	mehrheitlich – Ja – zur Verfassung
05.05.1996	Volksabstimmung im Land Brandenburg über den Vertrag der Länder Berlin und Brandenburg über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes	66,38 %	36,57 %	62,72 %	mehrheitlich – Nein – zum Vertrag der Länder Berlin und Brandenburg über die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes

Kompetenzen der Mehrheit der Unionsbürger derzeit noch nicht einsichtig sind, zeigt sich an den niedrigen Wahlbeteiligungen in den Mitgliedsstaaten der EU.

Neue Medien – neue Formen?

Bisher ging es nur um die traditionellen Formen der Wahlbeteiligung, doch bahnt sich auch hier ein rasanter Wan-

Aus dem Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Volksabstimmungsgesetz – VAGBbg) vom 14. 4. 1993

§ 5

Zulässigkeit

- (1) Volksinitiativen sind zulässig zu Gegenständen der politischen Willensbildung, die in die Zuständigkeit des Landtages fallen. Sie können auch Gesetzentwürfe und Anträge auf Auflösung des Landtages einbringen.
- (2) Volksinitiativen zum Landeshaushalt, zu Dienst- und Versorgungsbezügen, Abgaben und Personalentscheidungen sind unzulässig.
- (3) Volksinitiativen dürfen keinen Gegenstand beinhalten, zu dem während der vergangenen zwölf Monate erfolglos ein Volksentscheid durchgeführt wurde.

Volksinitiativen

Formliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Volksinitiative sind im Regelfall u. a. **mindestens 20 000 gültige Unterschriften** gemäß § 6 VAGBbg.

Termin des Prüfergebnisses	Gegenstand	Gesamtzahl der Eintragungen	Zahl der gültigen Eintragungen	Zahl der gültigen Eintragungen ausreichend?
April 1993	Kreisneugliederungsgesetz		mehr als 20 000	– ja –
Oktober 1993	Kreisstadt Finsterwalde		mehr als 20 000	– ja –
Juli 1994	Kein Wasserstraßenbau in Brandenburg	36 458	18 636	– nein –
März 1995	Schaffung sozialer und rechtlicher Voraussetzungen bei Überleitung in das Vergleichsmietensystem in Brandenburg	58 113	57 001	– ja –
August 1995	Gegen das Verkehrsprojekt 17 Deutsche Einheit – kein Wasserstraßenbau in Brandenburg	45 733	38 746	– ja –
April 1996	Gesetz zur Förderung von Musikschulen im Land Brandenburg (Altersgrenze der Beteiligung: 16 Jahre)	64 507	53 972	– ja –
Mai 1996	Neuorientierung der Wasser- und Abwasserpolitik im Land Brandenburg	30 580	21 133	– ja –
Dezember 1996	Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit (Altersgrenze der Beteiligung: 16 Jahre)	23 884	13 253	– nein –
April 1997	NEIN zum „Transrapid Berlin–Hamburg“	27 456	24 441	– ja –
Juli 1998	Gegen den Ausbau des Flughafens Schönefeld	24 209	23 404	– ja –
Juni 1999	Zunehmende Benachteiligung der ostdeutschen Bevölkerung in der medizinischen Versorgung	201 850	mehr als 20 000	– ja –
	Gesetz zur Förderung von Musikschulen im Land Brandenburg (Altersgrenze der Beteiligung: 16 Jahre)	55 297	mehr als 20 000	– ja –

del an: Mit fortschreitender Vernetzung, Millionen Deutsche sind jetzt schon täglich im Internet, ist auch das World-WideWeb in den Mittelpunkt von Träumen und Visionen geraten. Derzeit wird das neue Medium auf dem Gebiet Wahlen zwar überwiegend nur zur Meinungsumfragen genutzt, so gab es zur letzten Landtagswahl eine Wahlbörse im Internet (<http://www.wahlstreet.de>), doch erprobt das LDS BB, dessen Direktor zugleich Landeswahlleiter und Landesabstimmungsleiter des Landes Bran-

denburg ist, neue Verfahren unter Computereinsatz. Bei dem Projekt i-Vote wird erstmals eine reine Internetwahl getestet. Die Beschäftigten des LDS BB werden eine simulierte Personalauswahl veranstalten, bei der sie vom Computer mit Hilfe einer Chip-Card und einer digitalen Signatur wählen. Dieser Test soll zeigen, ob später auch bei Europa- oder anderen Wahlen das Internet ergänzend zur Briefwahl als Alternative zum Wahllokal treten kann. Wegen des bei zukünftiger Etablierung der neuen

Techniken – im Vergleich zu traditionellen Wahlen – geringeren Organisationsaufwands könnte das Netz auch erweiterte Möglichkeiten der Volksbeteiligung eröffnen. Doch das ist noch Zukunftsmusik.
Oliver Rüß

Mehr Infos und die Rechtsgrundlagen finden Sie im Internet unter:
<http://www.brandenburg.de/wahlen/>

- Plebiszitäre Elemente im Land Brandenburg

Interview mit Dr. Böckmann

d&f: Herr Dr. Böckmann, Sie sind Abteilungsleiter der Datenverarbeitung und somit auch für das Landesverwaltungsnetz (LVN BB) zuständig. Das LVN BB muss an Bekanntheitsgrad noch gewinnen. Eine Möglichkeit dafür stellen die LVN-Foren dar. Was wird auf den LVN-Foren geboten?

Dr. Böckmann: In den LVN-Foren geben wir Informationen über das LVN BB, über Entwicklung, über technische Aufbaustände, über Anwendungen und Dienste auf direktem Wege und schaffen für unsere Kunden die Möglichkeit, in der Diskussion oder im Gespräch ihre Wünsche und Anregungen zu äußern.

d&f: Was verstehen Sie unter Kunden?

Dr. Böckmann: Kunden des LVN BB. Unsere Kunden sind angeschlossene Behörden, wir nennen sie Nutzer, die mit ihrem PC die Möglichkeit haben, die Dienste und Anwendungen im Landesverwaltungsnetz zu nutzen.

d&f: Haben an diesen Foren nur diejenigen teilgenommen, die jetzt bereits am LVN BB sind?

Dr. Böckmann: Diese haben teilgenommen, aber auch potenzielle Kunden, die kurz davor stehen, einen LVN-Anschluss zu bekommen und deshalb informiert wurden, welche Möglichkeiten mit dem LVN BB geschaffen werden.

d&f: Der Wissensstand, zwischen Kunden, die am LVN BB sind und denen, die sich eventuell anschließen lassen wollen, ist doch sehr unterschiedlich. Wie haben Sie da die Themen gefunden, über die sie informieren sollten?

Dr. Böckmann: Im Vorfeld der LVN-Foren haben wir unsere Kunden angeschrieben und haben gebeten, Wünsche zu äußern, was sie in LVN-Foren hören wollen, über was wir in den LVN-Foren reden wollen und haben danach die Agenda dieser Foren zusammengestellt.

d&f: Wie viele dieser Foren wurden bis jetzt durchgeführt?

Dr. Böckmann: Wir haben in den letzten zwei Jahren fünf Foren durchgeführt, davon vier in Potsdam und ein Forum in Cottbus.



Dr. Ortwin Böckmann
44 Jahre, verheiratet, zwei Kinder
seit 1991 im Landesamt für
Datenverarbeitung und Statistik
Brandenburg (LDS BB)
Abteilungsleiter Datenverarbeitung

d&f: Reicht das für die Fläche des Landes aus, dass sich die Foren auf die Standorte Potsdam und Cottbus konzentrierten?

Dr. Böckmann: Sollte es nicht so sein, sind wir gerne bereit, auch weitere Foren an anderen Standorten durchzuführen. Wir warten da auf die Wünsche unserer Kunden.

d&f: Wie viele Teilnehmer hatten diese fünf Foren?

Dr. Böckmann: Insgesamt nahmen an den fünf Foren circa 200 Kunden teil, worüber wir uns sehr gefreut haben.

d&f: Wie viele Behörden sind bis jetzt am LVN BB?

Dr. Böckmann: Wir haben am LVN BB 335 Standorte mit Datum vom 01.02.2000 angeschlossen. 335 Standorte in der Landes- und Kommunalverwaltung.

d&f: Von den Teilnehmern wurden während dieser Foren Fragen gestellt. Was waren die am häufigsten gestellten Fragen?

Dr. Böckmann: Wann kann ich damit rechnen, dass meine Behörde an das

LVN BB angeschlossen wird bzw. wann kann ich damit rechnen, dass die Bandbreite des Anschlusses erhöht wird?

d&f: Darf ich den Ball zurückspielen? Wenn das die am häufigsten gestellten Fragen sind, dann werden sie unsere Leser auch interessieren. Was haben Sie auf die Frage, wann wird meine Behörde angeschlossen, geantwortet?

Dr. Böckmann: In den letzten zwei Jahren war es so, dass wir noch voll im Aufbau des Landesverwaltungsnetzes LVN 2.0 waren. Inzwischen ist dieses Landesverwaltungsnetz realisiert. Mit dem Datum 31.12.1999 ist der Aufbau des Landesverwaltungsnetzes 2.0 abgeschlossen.

Zum Zeitpunkt der Durchführung der LVN-Foren konnten wir die konkreten Termine für den wahrscheinlichen Anschluss benennen und somit waren auch die Kunden zufrieden.

d&f: Was bedeutet es „Abschluss Landesverwaltungsnetz 2.0“? Für mich ist das nur eine Zahl hinter dem Wort Landesverwaltungsnetz.

Dr. Böckmann: Das Land Brandenburg hat 1997 einen Vertrag zum Neubau des Landesverwaltungsnetzes abgeschlossen. Aus drei separat betriebenen Netzen der Finanzverwaltung, der Polizei und des LDS BB sollte ein Netz gebaut werden. Es sollte die Sprache in dieses Landesverwaltungsnetz integriert werden und es sollte eine Erweiterung der damals vorhandenen Bandbreiten vorgenommen werden. Dieser Auftrag ist mit Wirkung vom 31.12.1999 erfüllt. Der Vertrag läuft noch drei Jahre weiter, da die Restfinanzierung der Technik noch erfolgen muss.

d&f: Wenn ich Behörde im Flächenland Brandenburg bin, weiß ich dann immer noch nicht, woran ich bin, ob ich schnell ans Landesverwaltungsnetz angeschlossen werden kann. Ich gehe mal davon aus, was so im näheren Umfeld meines Heimatortes liegt. Wenn ich jetzt sagen würde - Beelitz. Wann könnte ich da als Behörde ans LVN BB kommen oder wäre ich da schon dran?

Dr. Böckmann: Die Möglichkeit an das LVN BB als Kommunalverwaltung, als

Stadt, als Gemeinde, als Amt, als Kreisverwaltung angeschlossen zu werden ist immer gegeben. Auf der Basis des Leistungs- und Entgeltverzeichnisses können wir dieses immer realisieren. Wir warten da auf die Wünsche aus dem Bereich der kommunalen Verwaltungen. Im übrigen ist der Landkreis Potsdam-Mittelmark, wie alle Landkreise und kreisfreien Städte, an das LVN BB angeschlossen und innerhalb der Kreisverwaltung besteht die Möglichkeit, sich über die Kopfstelle des Kreises auf direktem Wege an das LVN BB anzuschließen.

d&f: Sie betonen immer, dass es sich um Landesbehörden und kommunale Einrichtungen handelt. Als Privatbürger oder als Firma im Land Brandenburg hätte ich keine Chance ans LVN BB zu kommen?

Dr. Böckmann: Wir haben als Landesverwaltung nicht die Aufgabe Firmen und Unternehmen zu versorgen. Das LDS BB hat die Aufgabe, die Verwaltung des Landes zu versorgen.

Wenn es einen Kommunikationsbedarf zwischen Unternehmen und Behörden oder zwischen Bürger und Behörden gibt, und den gibt es, dann besteht die Möglichkeit, über die zentrale Kopfstelle des LVN BB zum Internet hin diese Kommunikation zu führen. Alle ans LVN BB angeschlossenen Kunden, die den Kommunikationsverbund des Landes nutzen, haben automatisch eine Internetadresse und sind damit für ein Unternehmen, für einen Bürger direkt erreichbar und umgekehrt.

d&f: Die zweite Frage, die sehr häufig gestellt wurde, betraf die Bandbreitenerweiterung. Würden Sie bitte erklären, was darunter zu verstehen ist?

Dr. Böckmann: Zu Beginn des Projektes im Jahr 1995 und den zwei darauf folgenden Jahren waren Standardanbindungen für Behörden in der Regel 19,2 KBit pro Sekunde. Mit dem neuen LVN BB wurden alle in das LVN 2.0 einbezogenen Standorte mit einer Mindestbandbreite von 64 KBit pro Sekunde ausgestattet.

d&f: Warum gab es da Nachfragen? Es müsste doch jeder wissen, mit welcher Bandbreite seine Behörde angeschlossen wurde? Was soll da erweitert werden?

Dr. Böckmann: Richtig! Die Kenntnis darüber, mit welcher Bandbreite eine Behörde angeschlossen ist, ist vorhanden und ist jeder Zeit bei uns erfragbar.

Aber diese Bandbreiten reichen eben nicht aus.

Der Datenaustausch hat in den letzten Jahren enorm zugenommen.

- Durch die zentrale Abarbeitung des Verfahrens Haushalts-Kassen-Rechnungswesen (Profiskal) im LDS BB,
- durch die Möglichkeit Internettechnologien zu nutzen,
- durch die Notwendigkeit, die Kommunikationsmöglichkeiten mit GroupWise oder Exchange zu nutzen,

ist das Datenaufkommen erheblich gestiegen, so dass die Bandbreiten 64 KBit oder darunter zu Engpässen führen und der Wunsch, der verständliche Wunsch unserer Kunden dort eine Erweiterung in Richtung 128 KBit pro Sekunde oder 256 KBit pro Sekunde oder noch höher vorzunehmen.

Einige Anwendungen aus dem Justizbereich erfordern zwingend eine Anbindung von mindestens 2 Megabit pro Sekunde. Es ist also notwendig, dass wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern intensiv daran arbeiten, die Erfordernisse unserer Kunden zu erfüllen.

d&f: Wie machen sich die Engpässe in den Behörden, die eine zu geringe Bandbreite haben, bemerkbar?

Dr. Böckmann: In Antwortzeiten der entsprechenden Anwendung. Wenn also beispielsweise jemand in Profiskal arbeitet, eine Eingabe über die Tastatur macht und erst nach etlichen Sekunden oder gar erst nach einer Minute auf dem Bildschirm diese Eingabe sichtbar wird. Das ist eine unzumutbare Arbeitsverzögerung und die muss dringend abgestellt werden.

d&f: Warum erweitern Sie die Bandbreite nicht?

Dr. Böckmann: Uns fehlen die Finanzen. Wir müssen also versuchen auf der Basis von Einsparpotentialen, die wir erarbeiten, diese Bandbreitenerweiterung vorzunehmen. Im Übrigen ist es so, dass die Erhöhung der Bandbreite für unsere Kunden entsprechend dem Leistungs- und Entgeltverzeichnis auch kostenpflichtig ist, also ein Teil der Aufwendung für diese Erweiterung müssen unsere Kunden selbst tragen.

d&f: Wie hoch ist dieser Beitrag?

Dr. Böckmann: Der Beitrag ist sehr unterschiedlich. Er richtet sich nach den Wünschen zur Bandbreite und nach den konkreten Gegebenheiten. Hier verwei-

se ich auf unseren Benutzerservice unter der Telefonnummer Potsdam 0331-39560. Dort werden unseren Kunden diese Fragen konkret beantwortet.

d&f: Sie sprachen vorhin von Einsparpotentialen, die zur Mitfinanzierung herangezogen werden. Wo wird da eingespart?

Dr. Böckmann: Vordergründige Einsparpotentiale liegen im Bereich der Zusammenlegung, Bündelung von Leitungen und in der Integration der Sprache. Wir haben große Behördenstandorte, sogenannte Campus-Netze und auch große Behörden bezüglich des Sprachaufkommens in das Landesverwaltungsnetz integriert. Das heißt, der Telefonverkehr zwischen den angeschlossenen Behörden des Landes wird vollständig und zu anderen Gesprächspartnern streckenweise über das LVN BB geführt. Damit werden Einsparungen im Sprachbereich möglich, die wir für den weiteren Ausbau nutzen.

d&f: Die Sprachverbindungen, die Telefonverbindungen sind ja auch auf dem freien Markt immer preiswerter geworden. Nicht zuletzt stellen wir das in unserem Haus in der Preisstatistik immer wieder fest. Sind damit überhaupt noch Einsparungspotentiale zu erzielen?

Dr. Böckmann: Ja! Eindeutig ja! Aber nicht in der Höhe, wie wir es vor vier bis fünf Jahren erwartet hatten. Insofern sind die Einsparungen geringer. Aber sie sind immerhin so, dass wir nach wie vor der Meinung sind, dass die Integration der Sprache ein richtiger Schritt war.

d&f: Können Sie da eine Größenordnung nennen, wie viel im Jahr eingespart wird und dann für den Ausbau des LVN BB zur Verfügung steht?

Dr. Böckmann: Knapp eine viertel Million DM im Jahr.

d&f: Also kommen etwa drei Prozent im Jahr aus Einsparungen und woher kommt der Rest?

Dr. Böckmann: Es wurden durch die Zusammenlegung erhebliche Mittel eingespart, aber es ist richtig, die Einsparungen durch die Integration der Sprache in das Netz liegen bei drei Prozent der Gesamtausgaben, die ansonsten aus dem Haushalt des Landes finanziert werden.

d&f: Wie hoch sind die gesamten Einsparungen?

Dr. Böckmann: Dies ist leider (wirklich!) nicht ermittelbar. Ich schätze 50 Prozent.

Benutzerservice

des Landesamtes für
Datenverarbeitung und
Statistik Brandenburg

Telefon:

03 31-39-560

E-Mail:

benutzerservice@lds.
brandenburg.de

d&f: Wie viel soll in diesem Jahr in das LVN BB investiert werden?

Dr. Böckmann: Wir investieren seit der Vertragsunterzeichnung 1997 jährlich knapp zehn Millionen DM in den Ausbau und den Betrieb des LVN BB. Dies wird auch in den nächsten drei Jahren notwendig sein, um die Restfinanzierung des LVN BB zu realisieren.

d&f: Fünf Foren zum Landesverwaltungsnetz wurden bereits durchgeführt. Sie sagten, es war ein Erfolg. Für wann sind die nächsten Foren vorgesehen?

Dr. Böckmann: Eine Fortführung der Foren wird es in diesem Jahr im III. und IV. Quartal geben. Wobei wir hier noch mehr Wert darauf legen, dass nicht nur Mitarbeiter aus den Bereichen Informationstechnik an diesen Foren teilnehmen, sondern auch Führungskräfte aus den Behörden. Wir wollen ganz gezielt die Leiter der Behörden ansprechen, um ihnen zu zeigen, welche Möglichkeiten im LVN BB für ihre eigene Behörde liegen.

d&f: Wenn jetzt jemand, der diesen Beitrag gelesen hat, Interesse daran hat, an so einem Forum teilzunehmen, wo kann er sich hinwenden, wo erfährt er, wann das nächste wo stattfindet?

Dr. Böckmann: Der Benutzerservice nimmt gerne Teilnahmewünsche entgegen und stimmt dann auch die Termine mit unseren Kunden ab, dass sie die Möglichkeit haben, an diesem Forum teilzunehmen.

d&f: Danke für das Interview und viel Erfolg für das LVN BB.

Das Interview für „d&f“ führte
Antje Leutholf

STATISTISCHE KURZINFORMATIONEN

„Wilde Ehen“ nahmen zu

Nach Ergebnissen des Mikrozensus lebten im April 1999 im Land Brandenburg 96 200 Paare in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft. Das waren 7 400 Paare bzw. 8,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Jahr 1996 gab es noch 76 500 nichteheliche Lebensgemeinschaften.

Damit war im Land Brandenburg im Jahr 1999 fast jeder 13. Haushalt eine Lebensgemeinschaft ohne Trauschein.

Die Anzahl der **nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern** erhöhte sich von 1998 zu 1999 um 9 100 bzw. 21,2 Prozent. Die Anzahl der **Gemeinschaften ohne Kinder** sank von 45 700 Paaren im Jahr 1998 auf 44 100 Paare im Jahr 1999.

Jede zweite nichteheliche Lebensgemeinschaft hatte Kinder unter 18 Jahren.

Der **Lebensunterhalt** in nichtehelichen Lebensgemeinschaften wurde überwiegend aus Erwerbstätigkeit bestritten. So waren im April 1999 76 Prozent (1998: 75 Prozent) der Männer und 68 Prozent (1998: 65 Prozent) der Frauen erwerbstätig.

14 Prozent der Männer und 18 Prozent der Frauen gaben an erwerbslos zu sein. Im Jahr 1998 lag das Verhältnis Männer zu Frauen bei der Erwerbslosigkeit noch bei 16 bzw. 20 Prozent. Der noch verbleibende Anteil von Personen in diesen Lebensgemeinschaften wird zu den **Nichterwerbspersonen** gezählt.

Wussten Sie schon?

● Im Schuljahr 1999/2000 gibt es im Land Brandenburg 1 118 allgemein bildende Schulen, darunter 530 Grundschulen, 260 Gesamtschulen, 78 Realschulen, 104 Gymnasien, 124 Förderschulen und fünf Freie Waldorfschulen.

● Die **größte Schule** im laufenden Schuljahr ist das Gymnasium Senftenberg mit 1 133 Schülerinnen und Schülern.

● Die zahlenmäßig **größte Grundschule** ist mit 779 Schülerinnen und Schülern die Havelschule in Oranienburg.

● An den beruflichen Schulen des

Landes Brandenburg wurde im Vergleich zum letzten Schuljahr im Schuljahr 1999/2000 ein Anstieg der Schülerzahl von 2 376 Schülerinnen und Schülern festgestellt.

● Im Wintersemester 1999/2000 besuchten im Land Brandenburg insgesamt 171 ausländische Studienbewerber das **Studienkolleg an der Universität Potsdam**. Sie bereiten sich auf die Zulassung für ein Hochschulstudium in Deutschland vor, indem sie entweder eine Feststellungsprüfung für die Studienbefähigung ablegen oder bei Anerkennung der ausländischen Hochschulzugangsberechtigung, den Nachweis zur Verständigung in deutscher Sprache erbringen. Unter den 171 Bewerbern nahmen allein 50 nur an Deutschkursen teil.

Jeder zweite (86) Teilnehmer am Studienkolleg kam aus Asien, darunter 20 aus der Mongolei, 14 aus Indonesien und zwölf aus China. Von den 41 Afrikanern stammen 10 aus Kamerun, 25 Teilnehmer am Studienkolleg kommen aus europäischen Ländern und 18 aus Amerika. Insgesamt stammen die ausländischen Studienbewerber aus 44 verschiedenen Ländern.

● Die Betriebe der Brandenburger **Mineralwasser- und Erfrischungsgetränkehersteller** konnten ihren Produktionsausstoß im Jahr 1999 beachtlich steigern.

Es wurden 635 Millionen Liter Mineralwasser, Erfrischungsgetränke und andere nicht alkoholhaltige Getränke erzeugt. Damit wurde das Vorjahresniveau um 8,5 Prozent übertroffen. Der Verkaufswert der „Durstlöcher“ nahm 1999 um zehn Prozent auf 457 Millionen Mark zu.

● Die **Bierproduzenten** des Landes Brandenburg erzeugten im Jahr 1999 rund 204 Millionen Liter Bier. Das entsprach einem Verkaufswert von insgesamt 233 Millionen Mark. Der Wert je Liter erhöhte sich leicht auf 1,14 Mark. Im Vorjahresvergleich war hier die Produktionsmenge etwas geringer.

● Im Januar 2000 betrugen die **Verdienste** vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Land Brandenburg durchschnittlich 3 865 DM. Das waren 114 DM bzw. 3,0 Prozent mehr als im Januar des Vorjahres.

Zwischenauswertung der Ausbildungsplatzinitiative der Landesregierung Brandenburg von 1997 aus Sicht eines Bildungsträgers.

Das Ende einer Ausbildungsplatzinitiative oder der Beginn beruflicher Karrieren?!

Vorbemerkungen

Die IT-Aus- und Fortbildung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB) übernahm seit 1998 in Zusammenarbeit mit der Landesakademie für öffentliche Verwaltung, den IHK Bereichen Potsdam, Frankfurt, Cottbus und in Kooperation mit dem Oberstufenzentrum (Berufsschule) Teltow die Verantwortung für die Ausbildung von IuK-(Informations- und Kommunikationstechnik)Berufen innerhalb der öffentlichen Verwaltung des Landes Brandenburg. Ausschlaggebend hierfür waren jährliche, politisch ausgelöste „Ausbildungsplatzinitiativen der Landesregierung Brandenburg“, zur partiellen Be-

hebung des Ausbildungsplatzmangels und zur Platzierung der Vorbildfunktion des Staates nach dem Motto: „Seht her ihr Firmen des Landes, wir bilden in sehr innovativen Berufen aus! Das könnt ihr auch!“.

Damit betrat die IT-Aus- und Fortbildung, wie auch die anderen Bildungspartner, Neuland, da es die Berufsprofile dieser anerkannten Kammerberufe erst seit 1997 gab.

Zwangsläufig wurden sämtliche Ausbildungskonzepte, Stoffverteilungspläne, Klausuren und Prüfungsinhalte „neu geboren“. Es konnte zum Teil auf Erfahrungen von Ausbildern und zum Teil auf „know-how“ von Technikern zurückgegriffen werden.



Teamarbeit

Mittlerweile haben alle Beteiligten feste Rahmenpläne und die IuK-Ausbildung läuft, an den gesetzlich vorgegebenen Berufsrahmenplänen orientiert, koordiniert ab. Dieses merkt man an der Interessiertheit und Ausgeglichenheit des jetzigen ersten Ausbildungsjahres. Wir sind davon überzeugt, dass wir dauerhaft in der „Boom Branche“ Informationstechnik gefragte Berufsanfänger für den öffentlichen Dienst bzw. für den Markt „produzieren“.

Organisation der Ausbildung

Die Berufsausbildung in Deutschland unterliegt zwingend dem „dualen System“, d. h. es gibt zwei Bildungsträger, den Ausbildungsbetrieb und die Berufsschule. Bei den in den Landesdienst eingestellten IuK-Azubis ist die Gewaltenteilung folgendermaßen gelöst: Die IuK-Azubis werden im Bereich des Ministeriums des Innern (MI), dort konkret bei der Landesakademie für öffentliche Verwaltung (LAKöV), angestellt. Diese wickelt die Ausbildung organisatorisch ab (Urlaub, BAföG, Prüfungszulassung, Zeugnisse...). Der Praktikumsbetrieb ist eine beliebige Behörde, z. Z. sind es Polizeipräsidien, das LDS BB etc. Hier erfolgt die praktische Arbeit und die Anwendung und Umsetzung des Gelernten. Von den 36 Monaten verbringt der Azubi ca. zwölf Monate direkt im Praktikumsbetrieb und muss hier qualifiziert betreut werden. Hier findet dann auch im dritten Ausbildungsjahr die Prüfungsvorbereitung anhand eines konkreten betrieblichen Projektes statt. Dieses Projekt ist Hauptbestandteil und Gegenstand der Abschlussprüfung.

Die Berufsschule hat die Aufgabe der beruflichen „Allgemeinbildung“. Hier erfolgt die Grundlagenqualifizierung. Auf Grund der schnellen Innovationszyklen in der Informationstechnik haben sich viele Großbetriebe qualitativ hochwertige „Lehrwerkstätten“ geschaffen, wo den Azubis in Form von Schulungen, Workshops, Planspielen, Brainstormings und vor allem anhand von konkreten Projekten das IT-Fachwissen beigebracht wird. Hier steht das Methodenwissen (Informationsgewinnung, Projektarbeit, Teamarbeit etc.) mindestens gleichwertig mit dem Fachwissen. Der öffentliche Dienst bediente sich für den Bereich des MI als „Lehrwerkstatt“ der IT-Aus- und Fortbildung des LDS

Brandenburg, die über zehn Jahre IT-Fachwissen und Methodenkenntnisse an Landesbedienstete vermittelt.

Hier verbringen die Auszubildenden 18 bis 24 Monate (die sogenannte Kernqualifikation) ihrer Ausbildungszeit, im Verhältnis zwei Wochen „Lehrwerkstatt“ eine Woche Berufsschule. Für die Auszubildenden ist dies eine annähernd ununterbrochene 18- bis 24-monatige Lernphase.

Zahlen

Zur Zeit befinden sich drei Lehrjahre mit insgesamt 34 IuK-Azubis parallel in der Ausbildung.

Das dritte Lehrjahr besteht aus sieben Azubis im Schulungszentrum Teltow, davon sind sechs im LDS BB als Praktikumsbetrieb und einer im Zentraldienst für Technik und Beschaffung der Polizei des Landes Brandenburg eingesetzt.

Das zweite Lehrjahr besteht aus acht Azubis in einer Klasse im Schulungszentrum Teltow (zwei im LDS, sechs bei der Polizei) und einer Klasse mit sieben Azubis in der LDS Außenstelle in Frankfurt (Oder) (fünf im LDS, einer bei der Polizei, einer im Landesamt für Ernährung Landwirtschaft und Flurneuordnung - LELF). Das erste Lehrjahr sind zwölf Azubis im Schulungszentrum Teltow (zehn Polizei, einer LELF, einer LDS BB).

Erste Erfahrungen bestätigen, dass zwölf Azubis bei der Stoffintensität das Limit für eine Klasse sein sollten. Grö- ße-

re Klassenstärken wirken sich nachteilig auf die Qualität aus.

Die Auszubildenden

Hier handelt es sich im wesentlichen um 16- bis 18-Jährige mit Abschluss der 10. Klasse. In Ausnahmefällen bisher mit angefangenem bzw. abgeschlossenem Abitur. Auf Grund des Initiativcharakters der Ausbildung in der Landesregierung wurden bisher sehr spät im Jahr (Juli/August) bis dato nicht vermittelte Schulabgänger ausgewählt. Es handelt sich um hochmotivierte, nicht unbedingt leistungstärkste Jugendliche, deren Berufswunsch „etwas mit Computern“ zu tun hat.

Das Spektrum der Ausbildung

Bisher wurden zwei Berufe, der IT-Systemelektroniker (ein Telekommunikations- und Netzwerkspezialist) und der Fachinformatiker Systemintegration/Anwendungsentwicklung (ein all-seits IT-geschulter Sachbearbeiter, IT-Servicemitarbeiter bzw. IT-Systementwickler) ausgebildet. Beim IT-Systemelektroniker erscheint es nach ersten Erfahrungen schwierig, die sehr technik- und hardware-lastigen Inhalte abzusichern. Eigentlich erscheint es hier nur sinnvoll, diese innerhalb des Landesverwaltungsnetzes- bzw. zentralen TK-Anlagen-Umfeldes auszubilden. Der Fachinformatiker mit der Spezialisierung „Systemintegration“ ist der Partner des IT-Anwenders auf der Service-seite. Er versteht es kleinere Netze zu installieren und zu administrieren und das Zusammenspiel aller IT-Komponenten (PC, Netz, TK-Anlage) zu organisieren. Er hält das „Werkzeug“ Computer für den Anwender „scharf“.

Der Fachinformatiker mit der Spezialisierung Anwendungs- entwicklungs- entwicklung kann auch Systeme am Laufen halten und Nut-

zer betreuen. Er kann darüber hinaus kleinere benutzerbezogene Softwareanpassungen (Programmierungen) vornehmen. An sich gibt es kaum merkliche Spezialisierungen zwischen den beiden Fachinformatikern. Aus unserer Sicht ist der Fachinformatiker „Anwendungs- entwicklung“ der geeignetere Beruf, auch im Hinblick auf eigenen IT-Nachwuchs im öffentlichen Dienst.





Auszubildende des 2. Lehrjahres.

Die Ausbildung beinhaltet für alle genannten Berufe in der IT Aus- und Fortbildung so anspruchsvolle Themen, wie: „HTML- Seiten-Erstellung“, „Installation und Betrieb von Netzservern“, „Programmierung in Visual Basic“, „Fehlerbehebung bei Computern“, „Beschaffungsgrundlagen für IT-Systeme“, „Umweltschutz im Zusammenhang mit Computern“, „Kosten-Nutzen Betrachtungen bei IT-Maßnahmen“, „Datenschutzgesetzgebung“, „Abhalten von Anwenderschulungen bzw. -unterweisungen“ um nur einige zu nennen.

Resumee des ersten kompletten Ausbildungsganges:

Die ersten Auszubildenden werden im Mai 2000 ihre Hauptprüfungen hoffentlich erfolgreich absolvieren und erst dann wird sich zeigen, inwieweit diese Fachinformatiker bzw. Systemelektroniker gefragt sind und wie markadäquat und anwendungssicher das Fachwissen ist.

In einer Befragung haben die Auszubildenden ihre sehr persönliche Sicht zu Ablauf und Inhalt der Ausbildung durch-

weg sehr kritisch geäußert. Die Masse ist sich bewusst, eine Ausbildung in einem spannenden, abwechslungsreichen, lernintensiven, interessanten und modernen Beruf genossen zu haben. Die meisten sehen ihre späteren beruflichen Chancen optimistisch.

Alle bemängelten zu Recht die unzureichende Koordination der Bildungsträger und die anfängliche „Unprofessionalität“ bei der gezielten Umsetzung der Rahmeninhalte. Die Berufsschule konnte über lange Zeit ganze Fächer nicht absichern (keine geeigneten Lehrer) und in der „Lehrwerkstatt“ lief vieles anfangs ad hoc.

Insgesamt würden die meisten diese Ausbildung wieder wählen und wünschen sich erheblich mehr Praktika, Projekte und Marktorientierung der Aufgaben. Einige haben Angst, dass das Gelernte nicht für die Praxis ausreicht („Wenn man sich die Stellenangebote ansieht und die erforderlichen Kenntnisse dazu anguckt, bleibt mir die Luft weg!“ – siehe Kasten Interview).

Die Erfahrung beweist uns das Gegenteil. Mindestens fünf der sechs LDS-internen IuK-Azubis sind in ihren Praktikumsbereichen so gut „eingeschlagen“, dass ihnen relativ hochwertige

Aufgaben schon recht frühzeitig übertragen werden konnten und einige Bereiche die Azubis zur Stopfung von Stellenlöchern und Lösung von IT-Problemen gern in Fest- bzw. Zeitarbeitsverträge übernehmen würden. Für höchstens zwei oder drei von ihnen kann der öffentliche Dienst den Berufseinstieg mit Stellen absichern.

Lehren für die Zukunft

Allgemeines:

Insgesamt macht es auch im bzw. für den öffentlichen Dienst unter dem Aspekt: „Effektivierung der Verwaltung durch Informationstechnik“ Sinn, IuK-Azubis für den eigenen Nachwuchs bzw. als Initiativeleistung für den Markt auszubilden. Gerade in der gegenwärtigen Diskussion um 20 000 fehlende IT-Spezialisten und die Lockerung der Arbeitsregelungen für ausländische Spezialisten, muss man sich Folgendes vor Augen halten: Die hier ausgebildeten IuK-Azubis sind zwar nicht die oben benannten hochspezialisierten Entwickler, aber erstens hat jeder dieser hochspezialisierten Entwickler in seinem Umfeld viele einfachere IT-Mitarbeiter und zweitens hat der Markt auf der anderen Seite eben auch einen (leider nicht näher ausgewiesenen) „hohen“ Bedarf an gut ausgebildetem IT-Personal auf Facharbeiterniveau. Facharbeiterniveau heißt hier: bezogen auf die Ausbildungsinhalte und -tiefe und bezogen auf die Vergütung. Viele kleine Firmen können sich zur Messestandbetreuung, für Service-Hotlines, Installation etc. keinen diplomierten Informatiker „leisten“. Das ist die Chance und auch die ursprüngliche Überlegung zur Schaffung dieser Berufe!

Einige Dinge sollten an dieser Stelle trotzdem einer gezielten Betrachtung bzw. Veränderung unterworfen werden. Wichtig wäre eine rechtzeitige und sinnvolle Beteiligung der Praktikumsbetriebe (Landesbehörden bzw. Firmen). Dann könnten sämtliche Praktika, Projekte und Prüfungen sofort mit mehr Praxisnähe in Abstimmung mit dem Praktikumsbetrieb durchgeführt werden. D.h. die betreuende Landeseinrichtung bzw. die Firma hätte dann ab dem dritten Lehrjahr einen Azubi, der bereits in der Lage ist selbständig Arbeiten zu leisten. Das i-Tüpfelchen wäre es natürlich, wenn die Azubis in den Landesbehörden bzw. Firmen nach ihrer Ausbildung befristete bzw. unbefristete Anstellungen finden könnten.

Die IT-Aus- und Fortbildung wird sich

Interview mit Azubis des 3. Lehrjahres zu ihrer Ausbildung

● Was reizt Sie an einem Beruf in der Informationstechnik?

„Man glaubt immer, man versteht die Maschine und man weiß, wie alles funktioniert, doch ständig wird neue Technik entwickelt oder die Befehle der Programmiersprachen ändern sich. Es wird halt nie langweilig.“

„Es ist ein vielseitiger Beruf.“

„... immer weiter lernen, die Technik schreitet voran und man muss dran bleiben...!“

● Wie klappte die Zusammenarbeit der Bildungsträger?

„Die Zusammenarbeit LDS BB-LAKöV klappte hervorragend... Zum OSZ (Oberstufenzentrum) fehlte sowohl vom LDS BB als auch zur LAKöV der „heiße Draht“... Dadurch wurden viele Probleme in der Schule gar nicht oder größtenteils zu spät behandelt.“

● Wie sehen Sie Ihre weiteren beruflichen Chancen, wo würden Sie nach der Ausbildung gern arbeiten?

„Schwierige Frage, am besten im LDS BB, die Leute hier wissen was wir können und was nicht. Wenn ich mir die Stellenangebote und die erforderlichen Kenntnisse dazu angucke, bleibt mir die Luft weg.“

„... mir fehlen leider noch viele Sachen, die meinem Profil abverlangt werden...“

● Was können wir für spätere Ausbildungsjahre verbessern oder verändern?

„den großen Theorieanteil verkürzen, mehr Praktika...“

„Ich würde den Beruf des IT-Systemelektronikers nicht mehr in den Lehrplan des öffentlichen Dienstes aufnehmen, da viele Ausbildungsinhalte schwer vermittelt werden können.“

„... nicht alles so amtspezifisch machen.“

„... bessere Zusammenarbeit OSZ – LAKöV – LDS“

● Inwieweit ist es Ihnen bewusst, dass es sich bei Ihrer Ausbildungsklasse um eine „Ausbildungsplatz-Initiative des Landes Brandenburg“ handelt und was halten Sie von solchen Initiativen?

„Gehört habe ich das schon mal, aber was es richtig bedeutet weiß ich nicht. Ich denke mal es ist egal, wie Lehrstellen herbeigeschafft werden, es sollte halt nur jeder die Chance haben, eine zu finden. Ein paar mehr solcher Initiativen und jeder hatte die Chance.“

„Solche Initiativen mögen ja ganz gut/praktisch sein, jedoch sollte man sich vorher mehr darüber Gedanken machen... bessere Vorbereitungen sollten getroffen werden...“

● Würden Sie diese Ausbildung noch einmal wählen?

„vielleicht in ca. fünf Jahren – aber zur Zeit gibt es zu viele Probleme – Lehrermangel (im OSZ)...“

„... ja, aber leider ist dieses nicht möglich.“

„Ich glaube, ich würde diesen Beruf nochmals wählen, aber erst würde ich mein Abitur machen...“

„Ja, aber es müsste mehr auf die Berufe eingegangen werden.“



„Aufnahmeprüfung“ für die Bewerber zu etablieren.

Berufsprofile

Es sollten nur die Berufe Fachinformatiker Anwendungsentwicklung bzw. Systemintegration und nur in Ausnahmefällen, da wo wirklich die geforderten Inhalte abgesichert sind, der Systemelektroniker angeboten werden. Zu prüfen ist, ob der Beruf IT-Systemkaufmann auf Grund der inhaltlichen Nähe zum Fachinformatiker auch angeboten werden sollte.

Die genannten Berufsprofile sind entsprechend den Rahmenrichtlinien von unserer Seite mit modernen Inhalten und einer gestuften Qualifizierung fachlich und zeitlich sehr detailliert abgesichert.

Duales Ausbildungssystem

Trotz aller anfänglichen Probleme hat sich die Gewaltenteilung der oben beschriebenen Art bewährt. Es lässt sich relativ klar abgrenzen, wo die



hier um eine bessere Zusammenarbeit mit den jeweiligen Praktikumsbetrieben und um Praktikumsaufgaben bemühen.

Auswahlverfahren

Das Auswahlverfahren sollte möglichst rechtzeitig zu Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres beginnen und unter Beteiligung der Praktikumsbetreuer und der IT-Aus- und Fortbildung stattfinden.

den. Es erscheint sinnvoll naturwissenschaftlich interessierten, möglichst computervorbelasteten und kommunikativen Nachwuchs auszuwählen. Darüber hinaus sollten in dieser innovativen und stellenoffenen Branche auch und gerade die Leistungsträger eine Chance bekommen.

Es gibt Überlegungen eine naturwissenschaftlich und kommunikativ orientierte

Berufsschule aufhört und der Praktikumsbetrieb bzw. die „Lehrwerkstatt“ ansetzt.

Alle Ausbildungsverantwortlichen müssen die Ausbildungsinhalte zukünftig erheblich besser aufeinander und miteinander abstimmen. Hierzu sollte es regelmäßige koordinierende Besprechungen geben.

Eine große Verantwortung liegt bei den innerbetrieblichen Ausbildungsverantwortlichen in den Behörden. Diese sollten für ihre Tätigkeit ausgebildet sein (Ausbildereignungs-Zertifikat) und jährlich durch eine offizielle Berufung zu ihrer zusätzlichen Arbeit eine Würdigung und neue Motivation erfahren.

Ausbildungsinhalte bzw. anerkannte fachliche Abschlüsse

Die Ausbildungsinhalte sind „up to date“ und am Markt orientiert. Auf Grund der Aufgaben der Verwaltung sind sie jedoch nicht identisch mit den sehr harten und sehr spezialisierten

Anforderungen in kleineren Computerfirmen.

Breites anwendungsbereites IT-Fachwissen, Kommunikationsfähigkeit, Abstraktionsvermögen und vor allem Methodenwissen und Medienkompetenz erscheinen uns entsprechend den Rahmenplänen als sehr sinnvolle Werkzeuge für das Informationszeitalter.

Für den Azubi erscheint die „Lehrwerkstatt“ IT-Aus- und Fortbildung sehr „verschult“ und hier müssen wir zukünftig erheblich mehr als bisher mit Projekten, Workshops und Planspielen arbeiten. Der Dozent muss sich mehr als Wissens-Moderator erkennen, denn als Lehrer im klassischen Sinne. Der Azubi muss in Präsentationen, Projektmeetings, Unterweisungen etc. seine Fähigkeiten darstellen und sein Wissen anwenden. Hierzu ist erhebliche Weiterbildung zu leisten, sowohl auf Azubi- als auch auf Dozentenseite. Diese neue Methodik verlangt neue und definierte „Spielregeln“ auf beiden Seiten. Als Beispiel seien hier nur die Mög-

lichkeiten und Grenzen der Internet- bzw. Handy-Nutzung zu nennen.

In den Stellenanzeigen verschiedenster Unternehmen werden anerkannte fachliche Abschlüsse für verschiedene Produkte abgefordert. Es werden „Microsoft Zertifizierte System-Ingenieure (MCSE, MCT, MCD)“, „Novell Zertifizierte Administratoren (CNA, CNE)“ oder „Cisco Zertifizierter Technischer Netzwerkassistent (CCNA)“ gesucht. Hier bietet sich ebenfalls eine Chance ggf. über Leistungskurse den besten Azubis diese Zertifikatsabschlüsse zukommen zu lassen, um ihren „Marktwert“ erheblich zu erhöhen. Eine denkbare und obendrein preiswerte Variante wäre es, wenn die „IT-Aus- und Fortbildung“ durch eine eigene Zertifizierung zu einem „Zertifizierten Ausbildungszentrum (z.B. MS CTEC)“ selbst MCSE bzw. CNA oder CCNA ausbilden könnte.

Ziel ist es, ab dem Jahr 2001 solche Zertifizierungsmaßnahmen für die Azubis anzubieten.

Dirk Schröter,

Leiter IT-Aus- und Fortbildung

Neueste Publikationen des LDS BB

Erstmalig herausgegeben: „Atlas zur Regionalstatistik“ für ganz Deutschland

Kartenband mit wichtigen Fakten zu Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt

Der „Atlas zur Regionalstatistik“ ist ein Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Wer sich für die ökonomische, gesellschaftliche und ökologische Stellung seines Standortes im Verhältnis zu anderen Regionen Deutschlands interessiert, dem bietet der neue Atlas auf einen Blick Informationen und Vergleichsmöglichkeiten für alle 16 Bundesländer und die insgesamt 439 Landkreise sowie kreisfreien Städte Deutschlands.

Auf 80 übersichtlich gestalteten Schaubildern deckt der Atlas eine Vielzahl von Themen aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik ab. Er enthält u.a. Informationen über

- die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit
- die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung

- Unterschiede der Wirtschaftskraft
 - Angaben zur Bautätigkeit
 - Entwicklungsstand des Tourismus.
- Allen Themenbereichen sind ausführliche Erläuterungen und Definitionen vorangestellt. Daneben enthält der Atlas ein Verzeichnis sämtlicher Kreise Deutschlands.

Der „Atlas zur Regionalstatistik“ (Hardcover-Format, 25,2 x 29,7 cm, mit 156 Seiten) kostet 48 DM.

Aktualisiertes Ämterverzeichnis des Landes Brandenburg erschienen

Im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg wurde das **Verzeichnis der Ämter, amtsfreien Gemeinden und kreisfreien Städte des Landes Brandenburg** zum Stand 31. Dezember 1999 überarbeitet.

Das Verzeichnis enthält Angaben zur Verwaltungsgliederung, die Anschriften der 152 Ämter, die Namen der Amtsdirektoren/Amtsleiterinnen, der Bürgermeister/-innen, Oberbürger-

meister und Landräte. Weiterhin sind die Telefon- und Telefax-Nummern erfasst.

Im Hauptteil findet man die **Namen der Ämter**, deren **Amtssitz** und die Aufstellung der **amtsangehörigen Gemeinden** mit den aktuellen Amts- und Schlüsselnummern.

Eine **alphabetische Übersicht** der Ämter, mit Verweis auf die Zugehörigkeit zum Landkreis, befindet sich am Ende des Verzeichnisses.

Dieses hundertseitige informative Nachschlagewerk wird komplettiert durch die ebenso alphabetisch geordnete Auflistung der Gemeinden mit den Postleitzahlen und Schlüsselnummern.

Bezugsmöglichkeiten:

Das neue Ämterverzeichnis ist als Broschüre (Preis: 13,00 DM) und auf Diskette (43,00 DM) erhältlich und kann – wie auch alle anderen Publikationen – beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Dezernat Öffentlichkeitsarbeit, unter der Faxnummer 0331-39418 oder per E-Mail: Info@lds.brandenburg.de bestellt werden.

Wer küsst sie wach?



Frauen oder Männer, jung oder alt – wer leidet unter größerer Wahlmüdigkeit?

Stell dir vor, am Sonntag sind Wahlen und keiner geht hin ...!?

Die Beteiligung an den Wahlen ist in der Vergangenheit immer geringer geworden -ist die große „Wahlmüdigkeit“ ausgebrochen?

„Wer geht zur Wahl – welche Wählerschaft, jung oder alt, wird mobilisiert – wofür entscheiden sich Frauen und Männer, welche Parteien treffen bei ihnen den Nerv der Zeit?“ – so lauten die Fragen der Politiker und Wahlforscher.

Antworten auf diese Fragen können u. a. durch die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik gegeben werden. Sie ermöglichen eine Analyse des Wahlverhaltens von Männern und Frauen nach Alter sowie der Struktur der Wähler und Nichtwähler, ohne dass das Abstimmungsverhalten des einzelnen Wählers bekannt wird.

In den folgenden Ausführungen werden insbesondere die brandenburgischen Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 1999 betrachtet.

Wozu eine Wahlstatistik?

Die allgemeine und die **repräsentative Wahlstatistik** geben Aufschluss über das Wählerverhalten bei den einzelnen Wahlen, sie dienen der Zusammenfassung und Auswertung der Wahldaten.

Die einzelnen Wahlgesetze regeln, dass die Wahlergebnisse statistisch aufzubereiten und zu veröffentlichen sind.

Oberster Grundsatz ist auch bei der Wahlstatistik die Wahrung des Wahlheimnisses, d. h., die Wahlentscheidung eines Wahlberechtigten hat anonym zu bleiben und Rückschlüsse auf einzelne Personen sind in jedem Falle auszuschließen.

Die **allgemeine** Wahlstatistik beinhaltet die Daten, die bei den Wahlorganen ermittelt werden und dann vom Wahlbezirksergebnis und Wahlkreisergebnis zum Gemeinde-, Kreis- und Landesergebnis zusammengefasst werden. Es werden die Zahlen der Wahlberechtigten, der Wähler, der ungültigen und gültigen Stimmen für die einzelnen Wahlvorschlagsträger in unterschiedlicher regionaler Gliederung ermittelt.

Aussagen über die Geschlechts- und

Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler sowie zum Wahlverhalten der Frauen und Männer in verschiedenen Altersgruppen, sind nur durch die Auswertung der **repräsentativen** Wahlstatistik möglich.

Bereits seit der Bundestagswahl 1953 wird in Deutschland die repräsentative Wahlstatistik durchgeführt und ist eine Aufgabe der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die ermittelten Aussagen gelten als wichtige Zusatzinformationen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft.

Im Land Brandenburg wurde bisher die repräsentative Wahlstatistik durchgeführt für die:

Bundestagswahl am 02.12.1990 (BT 90)
Europawahl am 12.06.1994 (EW 94)
Europawahl am 13.06.1999 (EW 99)
Landtagswahl am 05.09.1999 (LT 99)

Die Ermittlung der repräsentativen Ergebnisse einer Wahl erfolgt grundsätzlich

lich örtlich, zeitlich und personell getrennt vom eigentlichen Wahlvorgang. Die Wahlergebnisse nach Alter und Geschlecht werden nicht in allen Wahlbezirken erfasst, sondern auf der Grundlage einer Stichprobenerhebung ermittelt. Die Auswahl der Stichprobenwahlbezirke wird durch den Bundes- oder Landeswahlleiter getroffen. Es werden dabei Wahlbezirke mit einer Mindestgröße von 400 Wahlberechtigten in die Auswahl einbezogen. Ergebnisse der Briefwähler werden bisher nicht berücksichtigt.

In den ausgewählten Wahlbezirken erhalten die Wählerinnen und Wähler den **amtlichen Stimmzettel, jedoch mit Unterscheidungsaufdruck**. Dieser Aufdruck weist das Geschlecht und die Zugehörigkeit zu einer der einheitlich festgelegten fünf Geburtsjahrguppen bzw. Altersgruppen aus.

So erhalten zum Beispiel alle Männer im Alter von 18 bis unter 25 Jahren jeweils einen Stimmzettel mit dem Unterscheidungsaufdruck A.

Im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB) als dafür zuständige Behörde erfolgt nach dem Wahlsonntag auf der Grundlage dieser Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck die Auswertung der Stimmabgabe nach Geschlecht und fünf Altersgruppen.

Die Gemeindebehörden ermitteln die Aussagen zur Wahlbeteiligung nach Geschlecht und zehn Geburtsjahrguppen (Altersgruppen) durch Auswertung der Wählerverzeichnisse. Auch dies geschieht nach dem Wahlsonntag und unabhängig von den ehrenamtlichen Helfern in den Wahlvorständen. Anschließend werden diese Ergebnisse dem LDS BB zur weiteren Zusammenfassung und Analyse übermittelt.

Zur umfassenden Sicherung des Wahlgeheimnisses dürfen die Ergebnisse nicht für einzelne Wahlbezirke veröffentlicht werden, sondern nur zusammengefasste Daten für die Landes- oder Bundesebene.

Bei der Landtagswahl 1999 in Brandenburg wurden durch den Landeswahlleiter 130 der insgesamt 3366 brandenburgischen Urnenwahlbezirke für die repräsentative Wahlstatistik ausgewählt.

Somit wurde das Wahlverhalten von 5,35 Prozent der insgesamt 2 056 834 Wahlberechtigten untersucht.

Die Wahlberechtigten wurden anhand von Aushängen und mittels eines Faltblattes über die Modalitäten der repräsentativen Wahlstatistik informiert.

Unterscheidungsaufdruck auf dem Stimmzettel zur Landtagswahl 1999

A. Mann, geboren 1975 bis 1981
B. Mann, geboren 1965 bis 1974
C. Mann, geboren 1955 bis 1964
D. Mann, geboren 1940 bis 1954
E. Mann, geboren 1939 und früher

F. Frau, geboren 1975 bis 1981
G. Frau, geboren 1965 bis 1974
H. Frau, geboren 1955 bis 1964
I. Frau, geboren 1940 bis 1954
K. Frau, geboren 1939 und früher

Wahlbeteiligung

Allgemein kann festgestellt werden, dass die Wahlbeteiligung eine stark rückläufige Tendenz aufweist. Eine Ausnahme bilden dabei bisher die Bundestagswahlen, die mit Abstand die meisten Wähler mobilisierten und im Land Brandenburg jeweils eine Wahlbeteiligung von über 70 Prozent verzeichneten.

Nur sehr geringes Interesse zeigten die wahlberechtigten Brandenburgerinnen und Brandenburger bei den Europa-

wahlen. Hier lag die Wahlbeteiligung 1994 mit 41,46 Prozent und 1999 mit 30,03 Prozent deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (1994: 60,0 Prozent / 1999: 45,2 Prozent). Auch bei der Landtagswahl 1999 war die Wahlbeteiligung ebenfalls niedriger als bei der vorangegangenen Landtagswahl 1994, erreichte jedoch noch deutlich über 50 Prozent.

Die Briefwahlergebnisse wurden durch die repräsentative Wahlstatistik weder bei der Wahlbeteiligung noch bei der Stimmenvergabe ausgewertet.

Wahl	Wahltag	Zahl der Wahlberechtigten	Wahlbeteiligung (Urnen- und Briefwahl in Prozent)
Bundestagswahl	02.12.1990	1 956 684	73,81
Kommunalwahlen	05.12.1993	1 931 789	59,89
Europawahl	12.06.1994	1 932 859	41,46
Landtagswahl	11.09.1994	1 933 680	56,33
Bundestagswahl	16.10.1994	1 934 963	71,50
Bundestagswahl	27.09.1998	2 032 303	78,10
Kommunalwahlen	27.09.1998	2 036 423	77,89
Europawahl	13.06.1999	2 051 960	30,03
Landtagswahl	05.09.1999	2 056 834	54,30

Landtagswahl 1999: Wahlbeteiligung nach Altersgruppen (in Prozent)

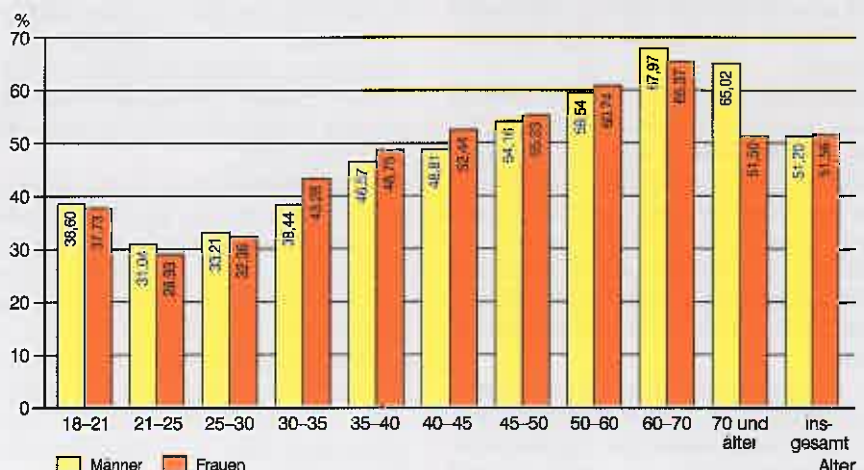


Tabelle 1: Wahlbeteiligung nach Altersgruppen (Repräsentativergebnis)

Alter von bis unter Jahren	Landtagswahl 1999	Europawahl 1999	Europawahl 1994	Bundestags- wahl 1990
	Prozent			
18-21	38,19	21,74	32,08	56,30
21-25	30,09	15,81	25,19	53,60
25-30	32,81	15,61	25,74	60,60
30-35	40,82	18,43	30,53	67,90
35-40	47,64	22,80	34,40	73,70
40-45	50,56	24,39	37,73	77,00
45-50	54,69	27,07	39,29	80,20
50-60	60,13	30,25	45,44	82,70
60-70	66,61	39,93	55,67	86,20
70 und älter	55,74	35,88	46,93	74,10
Insgesamt	51,38	27,48	39,59	73,30

Im Durchschnitt aller Altersgruppen beteiligten sich laut repräsentativer Wahlstatistik (ohne Briefwahl) 51,38 Prozent aller Wahlberechtigten an der Landtagswahl 1999. Somit war die Gruppe der Nichtwähler fast ebenso groß, wie die Gruppe der Wähler.

Männer und Frauen zeigten nur geringe Unterschiede in der Wahlbeteiligung. Mit 51,20 Prozent bei den Männern und 51,56 Prozent bei den Frauen war die Beteiligung fast gleich groß.

Die Auswertung der Wahlbeteiligung nach zehn Altersgruppen bringt das Ergebnis, dass die 18-21-Jährigen, d. h. die Jungwähler, nicht wie allgemein vermutet die geringste Wahlbeteiligung aufweisen. Der Negativrekord wurde für die Gruppen der 21-30-jährigen Männer und Frauen ermittelt.

Tabelle 1 zeigt, dass die Erkenntnis: **„18-21-Jährige wählen häufiger als 21-30-Jährige“** sich nicht nur in den Ergebnissen der Landtagswahl widerspiegelt, sondern auch durch die Ergebnisse zu den Europawahlen 1999 und 1994 bestätigt wird.

Ab den Altersgruppen 30 Jahre und älter ist eine steigende Tendenz bei der Wahrnehmung des Wahlrechts zu verzeichnen. Hier unterscheiden sich Männer und Frauen ebenfalls kaum in ihrem Wahlverhalten.

Die höchste Beteiligung an der Landtagswahl 1999 wurde bei den 60-70-jährigen Männern und Frauen mit 66,61 Prozent festgestellt.

Vergleiche mit den Europawahlen 1999 und 1994 und der Bundestagswahl 1990 unterstreichen die Aussage: **„60-70-Jährige wählen am häufigsten“**.

Ungültige Stimmen

Bei Landtagswahlen im Land Brandenburg hat jeder Wähler zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Direktkandidaten im Wahlkreis und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste.

Der Anteil der ungültigen Stimmen zur Landtagswahl 1999 war bei den Erststimmen mit 2,17 Prozent (Landtagswahl 1994: 1,97 Prozent) fast doppelt so hoch, wie bei den Zweitstimmen mit 1,28 Prozent (Landtagswahl 1994: 1,57 Prozent).

Männer gaben häufiger ungültige Erststimmen ab als Frauen. Die meisten ungültigen Erststimmen mit 3,17 Prozent wurden durch junge Männer der Altersgruppe 18-25-jährig abgegeben. Bei den Frauen wiederum verursachten die über 60-jährigen Wählerinnen mit 3,06 Prozent den höchsten Anteil.

Der höhere Anteil ungültiger Erststimmen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Wähler, die mit ihrer Zweitstimme für Wahlvorschlagsträger vo-

tierten, die keinen oder nur vereinzelte Direktkandidaten hatten, bewusst ihre Erststimme nicht abgegeben haben.

Bei den Zweitstimmen resultieren deutlich mehr ungültige von Frauen (1,55 Prozent) als von den Männern (0,98 Prozent). Auch hier sind die über 60-jährigen Wählerinnen mit 2,67 Prozent „Spitzenreiter“.

Als Ursache für die Ungültigkeit der Stimmen wurde überwiegend das Nichtkennzeichnen oder Durchstreichen von Wahlvorschlagsträgern auf dem Stimmzettel festgestellt.

Wahlentscheidung der Männer und Frauen

Bei der Wahl zum 3. Landtag Brandenburg erhielten wiederum die bereits im 2. Landtag vertretenen Parteien SPD, CDU und PDS von den Männern und Frauen die höchsten Stimmenanteile. Diese drei Parteien vereinigten insgesamt fast 90 Prozent der gültigen Zweitstimmen auf sich, ihnen wurde somit eindeutig die Wählergunst bestätigt. Die DVU ist mit einem Zweitstimmenanteil von über fünf Prozent erstmals im Landtag Brandenburg vertreten (s. Tab. 2).

Die **SPD** erhielt von den Frauen sowohl bei den Erststimmen (41,02 Prozent) als auch bei den Zweitstimmen (42,71 Prozent) den größten Anteil (s. Tab. 3).

Mit zunehmendem Alter der Wählerinnen erhöhten sich die Stimmenanteile. So wählte fast die Hälfte aller über 60-jährigen Frauen (48,87 Prozent) mit der Zweitstimme die SPD.

Die Stimmenanteile der Männer für die SPD fielen um rund vier Prozent bei den Erststimmen und um über sechs Prozent bei den Zweitstimmen geringer aus als bei den Frauen.

Der CDU und PDS gaben Männer jeweils den größten Zweitstimmenanteil, wobei die Unterschiede zu den Frauen jeweils nur einen Prozentpunkt betrugen.

Tabelle 2: Erzielte Sitze bei der Wahl zum 3. Landtag Brandenburg am 5. September 1999

Partei	zusammen	davon erzielte Sitze	
		im Wahlkreis	über die Landesliste
SPD	37	37	—
CDU	25	2	23
PDS	22	5	17
DVU	5	—	5
Sitze insgesamt	89	44	45

**Tabelle 3: Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 1999
(Repräsentativergebnis)**

Partei	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf nebenstehende Partei					
	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme
SPD	38,91	39,63	36,65	36,35	41,02	42,71
CDU	29,31	26,88	30,32	27,40	28,37	26,40
PDS	24,37	22,41	25,22	22,93	23,58	21,92
GRÜNE/B90	2,42	1,86	2,06	1,68	2,75	2,03
DVU	X	5,77	X	7,82	X	3,84
F.D.P.	2,97	1,90	3,13	1,90	2,82	1,91
NPD	0,48	0,71	0,77	1,15	0,21	0,31
Sonstige	1,54	0,83	1,85	0,78	1,25	0,88

Die Männer wählten doppelt so häufig wie die Frauen die Landesliste der DVU. Festzustellen ist, dass sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien sehr unterschiedlich auf die fünf Altersgruppen verteilte (s. Tab. 4).

- Die SPD erhielt bei der Landtagswahl 1999 von Männern und Frauen mit steigendem Alter auch mehr Stimmen und die meisten Stimmen von der Altersgruppe 60 Jahre und älter (46,23 Prozent). Dies wurde ebenso bei der Europawahl 1999 und Europawahl 1994 ermittelt.
- Die CDU hatte bei der Landtagswahl 1999 in der Altersgruppe der 25 -35 Jährigen (28,65 Prozent) ihre größte Wählerschaft und konnte das geringste Interesse bei den Jungwählern, den 18-25-Jährigen, mit 25,06 Prozent verbuchen.

Tabelle 4: Wahlentscheidung nach Altersgruppen (Repräsentativergebnis)

Alter von bis unter Jahren	Wahl	Von 100 gültigen Stimmen ¹⁾ nebenstehender Altersgruppen entfielen auf							
		SPD	CDU	PDS	GRÜNE/B90	DVU ²⁾	F.D.P.	NPD ³⁾	Sonstige
18-25	LT 99	28,83	25,06	23,14	3,36	11,33	3,08	3,47	1,73
	EW 99	23,18	28,84	22,83	5,25	x	4,19	x	15,71
	EW 94	29,23	12,83	21,54	11,21	x	3,10	x	22,09
	BT 90	30,10	28,10	12,80	13,40	x	8,10	x	7,50
25-35	LT 99	34,95	28,65	18,26	3,40	9,67	2,27	1,36	1,45
	EW 99	24,67	32,15	21,59	7,38	x	3,11	x	11,10
	EW 94	33,07	17,57	23,66	8,21	x	2,91	x	14,59
	BT 90	30,60	33,20	12,20	10,10	x	9,70	x	4,20
35-45	LT 99	35,56	27,87	22,34	3,13	7,56	1,95	0,53	1,06
	EW 99	26,15	28,98	26,96	6,39	x	2,53	x	8,99
	EW 94	34,38	20,77	25,63	5,82	x	2,95	x	10,45
	BT 90	28,70	35,70	12,40	7,40	x	12,10	x	3,70
45-60	LT 99	39,48	26,53	24,02	1,49	5,12	2,14	0,55	0,67
	EW 99	32,66	27,80	27,61	3,38	x	2,45	x	6,10
	EW 94	38,14	24,72	23,28	3,39	x	2,57	x	7,89
	BT 90	32,30	37,30	13,00	4,30	x	11,00	x	2,20
60 und älter	LT 99	46,23	26,32	22,38	0,52	2,66	1,31	0,17	0,41
	EW 99	39,53	28,80	24,76	1,36	x	1,36	x	4,20
	EW 94	41,37	29,79	19,30	1,18	x	1,97	x	6,39
	BT 90	34,70	41,40	12,30	1,80	x	7,80	x	1,90
Insgesamt	LT 99	39,63	26,88	22,41	1,86	5,77	1,90	0,71	0,83
	EW 99	32,70	28,90	25,47	3,67	x	2,23	x	7,04
	EW 94	37,18	23,82	22,37	4,33	x	2,53	x	9,77
	BT 90	31,80	36,40	12,60	6,10	x	9,90	x	3,20

1) bei Landtagswahl 1999 und Bundestagswahl 1990 jeweils gültige Zweitstimmen

2) DVU: bei Landtagswahl 1999 erstmalig im Land Brandenburg angetreten

3) NPD: bei Europawahl 1999, Europawahl 1994 und Bundestagswahl 1990 wurden die Daten nicht getrennt erhoben und sind in Sonstige enthalten

- Die PDS hatte die meisten Wähler der Landtagswahl 1999 bei den 45–60-Jährigen (24,02 Prozent) und erzielte die niedrigsten Stimmenanteile bei den 25–35-Jährigen (18,26 Prozent). Dieses altersabhängige Wahlverhalten für die PDS war auch bei der Europawahl 1999 und Bundestagswahl 1990 zu beobachten.
- Die DVU erhielt bei der Landtagswahl 1999 einen sehr hohen Stimmenanteil von den 18–25-Jährigen (11,33 Prozent) und blieb nur bei der Altersgruppe 60 Jahre und älter unter fünf Prozent (2,66 Prozent).
- GRÜNE/B90 und F.D.P. erreichten in keiner Altersgruppe zur Landtagswahl 1999 fünf Prozent, sondern blieben deutlich unter dieser markanten Größe. Mit 3,40 Prozent erzielten die GRÜNEN/B90 ihr bestes Ergebnis bei den 25–35-Jährigen. Bei der Europawahl 1994 und der Bundestagswahl 1990 hatten sie noch ihr größtes und wesentlich umfangreicheres Wählerpotential in der Altersgruppe der 18–25-Jährigen (Europawahl 1994: 11,21 Prozent, Bundestagswahl 1990: 13,40 Prozent).
- Die F.D.P. erzielte mit 3,08 Prozent in der Altersgruppe der 18–25-Jährigen ihr bestes Ergebnis zur Landtagswahl 1999. Auch sie errang noch bedeutend mehr Stimmen bei der Europawahl 1994 und Bundestagswahl 1990.

Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Jeder Wähler hat bei der Wahl des Brandenburger Landtages die Möglichkeit, seine Erststimme (Wahl eines Direktbewerbers im Wahlkreis) und seine Zweitstimme (Wahl der Landesliste einer Partei) der gleichen Partei zu geben oder auch auf unterschiedliche Parteien zu verteilen.

Zu beachten ist dabei, dass nicht jede Partei mit einer Erst- und Zweitstimme gewählt werden konnte. Das ist nur dann der Fall, wenn eine Partei sowohl einen Direktkandidaten im Wahlkreis als auch eine Landesliste aufgestellt hat und zugelassen wurde.

Interessant ist nun, welche Stimmenkombination die Wähler mit welcher Häufigkeit nutzten.

Durch die repräsentative Wahlstatistik können folgende Aussagen getroffen werden:

Wähler, die bei der Landtagswahl 1999 mit der Erststimme SPD, CDU, oder PDS

wählten, haben sich auch zum größten Teil mit ihrer Zweitstimme für diese Partei entschieden.

Demnach haben 85,48 Prozent derjenigen, die mit der Erststimme einen Wahlkreisbewerber der SPD wählten, ihre Zweitstimme ebenfalls der SPD gegeben.

Bei der CDU haben 82,80 Prozent derjenigen, die für einen CDU-Wahlkreisbewerber votierten, eine CDU-Zweitstimme abgegeben.

Die PDS erhielt von 77,81 Prozent der Wähler eines PDS-Wahlkreisbewerbers auch die Zweitstimme.

Der Anteil der gleichen Kombination von Erst- und Zweitstimme fällt bei GRÜNE/B90 mit 42,62 Prozent und F.D.P. mit 36,63 Prozent erheblich geringer aus.

Erststimme = SPD, dann Zweitstimme

für SPD:	85,48 %
CDU:	3,34 %
PDS:	6,39 %
GR./B90:	1,39 %
DVU:	1,80 %
F.D.P.:	0,53 %
NPD:	0,21 %
Sonstige:	0,30 %
Ungültig:	0,57 %

Erststimme = CDU, dann Zweitstimme

für SPD:	5,44 %
CDU:	82,80 %
PDS:	1,59 %
GR./B90:	0,29 %
DVU:	6,86 %
F.D.P.:	1,52 %
NPD:	0,61 %
Sonstige:	0,35 %
Ungültig:	0,53 %

Erststimme = PDS, dann Zweitstimme

für SPD:	13,27 %
CDU:	2,32 %
PDS:	77,81 %
GR./B90:	0,52 %
DVU:	4,66 %
F.D.P.:	0,42 %
NPD:	0,28 %
Sonstige:	0,46 %
Ungültig:	0,26 %

Für die DVU ist für diesen Sachverhalt keine Aussage möglich, da diese bei der Landtagswahl 1999 in keinem der 44 Wahlkreise einen Direktkandidaten nominierte. Somit konnten die Wähler der DVU nur ihre Zweitstimme geben.

Es fällt auf, dass 30,54 Prozent der Wähler, deren Erststimme ungültig war, die Zweitstimme der DVU gaben.

Das Wählerverhalten kann auch aus dem **Blickwinkel der Zweitstimmen** betrachtet werden. Die Aussagen für SPD, CDU und PDS lauten dann:

Wähler, die bei der Landtagswahl 1999 mit der Zweitstimme SPD, CDU oder PDS wählten, haben sich auch mit der Erststimme überwiegend für einen Direktkandidaten dieser Partei entschieden.

So haben 83,16 Prozent derjenigen, die mit der Zweitstimme die SPD wählten, auch mit der Erststimme für die SPD votiert.

89,45 Prozent der CDU-Zweitstimmenwähler stimmten auch mit der Erststimme für die CDU.

Bei der PDS ergibt sich die Übereinstimmung für 83,85 Prozent der Zweitstimmen.

Die Wähler, die mit der Zweitstimme die DVU wählten, haben die Erststimme zu 11,67 Prozent ungültig abgegeben.

Außerdem gaben sie ihre Erststimme zu 34,53 Prozent der CDU, zu 19,51 Prozent der PDS und zu 12,03 Prozent der SPD.

62,85 Prozent der Wähler, die eine ungültige Zweitstimme abgaben, wählten ebenfalls mit der Erststimme ungültig.

Datenquellen

Die erstmals vorliegenden Ergebnisse einer repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 1999 ermöglichen noch weitere, vielfältige Betrachtungen. Die genannten Aussagen beantworten nur einen Teil der bekannten und häufigsten Fragestellungen.

Wer also mehr wissen möchte oder auf seine Fragen keine Antwort in diesem Beitrag findet, der kann gerne die Veröffentlichungen des LDS Brandenburg nutzen.

Die Daten zur Landtagswahl 1999 wurden ausführlich publiziert und im Statistischen Bericht „**Landtagswahl 1999 – Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik**“ – B VII 2 – 99/5 sind umfangreiche Tabellen enthalten, die für differenzierte Fragestellungen die Datenbasis bieten.

Andrea Orschinack

Unter dem Titel „Scheiden bringt Leiden“ veröffentlichte der Verlag Kastner einen Leitfaden durch das Scheidungsrecht. Die Verfasser Wolfgang Kastner und Anton Steiner schreiben in ihrer Einleitung:

„Seit ewigen Zeiten stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Schon die zehn Gebote gehen näher auf das Verhältnis zwischen Mann und Frau ein. Dies hat sich bis heute nicht geändert.

Auch wenn das Gesetz keine nähere Begriffsbestimmung für die Ehe enthält, wird man sie wohl als staatlich anerkannte Lebensgemeinschaft bezeichnen können. Nach dem Willen des Gesetzgebers wird die Ehe an sich auf Lebenszeit geschlossen. So sieht es jedenfalls § 1353 BGB vor. Dabei sind die Ehegatten einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet. Dies bedeutet, dass diese sowohl ihre persönlichen als auch ihre vermögensrechtlichen Angelegenheiten aufeinander abstimmen müssen und dabei das gebotene Maß an gegenseitiger Rücksichtnahme und Selbstdisziplin zu beachten haben.

Nun unterliegen aber sowohl Staat und Gesellschaft als auch die Menschen selbst einem stetigen Wandel. Beziehungen, die ursprünglich fürs Leben gedacht waren, brechen plötzlich auseinander oder entsprechen nicht mehr dem, was eigentlich unter einer funktionierenden Ehe zu verstehen ist. Seit seinem Inkrafttreten enthält das Bürgerliche Gesetzbuch daher auch Bestimmungen darüber, wie eine Ehe wieder aufgelöst werden kann. Dazu zählt auch die Scheidung. Jahrzehntelang wurde das deutsche Scheidungsrecht dabei von der sogenannten „**Schuldscheidung**“ geprägt. Danach konnte ein Ehegatte den anderen auf Scheidung verklagen, wenn dieser seine ehelichen Pflichten schuldhaft verletzt hatte. Als „schuldhaft“ galten z.B. Ehebruch, sexuelle Verweigerung oder böswilliges Verlassen. Es lag auf der Hand, dass Ehegatten durch derartige Scheidungsgründe geradezu gezwungen wurden, den anderen vor Gericht durch den „Schmutz“ zu ziehen.

Vor diesem Hintergrund führte der Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland deshalb im Jahre 1977 anstelle des Schuldprinzips das sogen. „**Zerrüttungsprinzip**“ ein. Eine ähnliche Reform hatte in der DDR bereits in den 50er Jahren stattgefunden.

Nach dieser Neuregelung, die auch für Ehen gilt, die bereits vor dem Jahre

1977 geschlossen wurden, kommt es für die Scheidung nicht mehr auf ein Verschulden, sondern nur noch darauf an, ob eine Ehe als „gescheitert“ gilt. Dies ist nach dem Willen des Gesetzgebers dann der Fall, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und auch nicht erwartet werden kann, dass die Ehegatten sie wieder herstellen. Ergebnis dieser Neuregelung ist, dass auch der „Untreue“ grundsätzlich ohne besondere Nachteil die Scheidung beantragen kann und der scheidungsunwillige Ehegatte



Tabelle 1:
Ehescheidungen im Land Brandenburg

Jahr	Ehescheidungen	
	insgesamt	je 10 000 der Bevölkerung
1965	3 956	15,1
1970	4 290	16,2
1975	7 003	26,5
1981	8 168	30,7
1985	8 518	32,0
1989	8 401	31,8
1990	5 282	20,4
1991	1 614	6,3
1992	1 687	6,6
1993	3 341	13,1
1994	3 851	15,2
1995	3 949	15,6
1996	4 016	15,8
1997	5 231	20,4
1998	5 540	21,5
1999	5 559	21,4

1) Vorläufige Zahlen

diese – von einigen Ausnahmen abgesehen – zwar verzögern, in der Regel aber nicht mehr verhindern kann.“

In folgendem Beitrag werden die Ergebnisse der Statistik der Ehescheidungen im Jahr 1999 dargestellt und gleichzeitig ein Überblick über die Entwicklung des Scheidungsverhaltens in den zurückliegenden Jahren im Land Brandenburg vermittelt.

In den Jahren 1990 und 1991 kam es zu einem drastischen Rückgang der Scheidungszahlen, insbesondere bedingt durch die Umstellung auf das bundesdeutsche Scheidungsrecht. Zum einen sieht das neue Scheidungsrecht Min-

Land Brandenburg

Pech in der Liebe



destrennungszeiten vor, zum anderen mussten sich die Gerichte in das neue Recht einarbeiten, was teilweise zu einem Stau von Scheidungsanträgen bei den Familiengerichten führte.

Der Trend der letzten Jahre lässt jedoch die Annahme zu, dass sich das Scheidungsverhalten im Land Brandenburg an das westdeutsche Niveau angleichen wird.

Im Jahr 1990 lag die auf 10 000 Einwohner bezogene Scheidungsziffer bei 20, im Jahr 1991 bei sechs und lag im Jahr 1999 bei 21.

Die Scheidungsziffer in der Bundesrepublik betrug im Jahr 1997 (andere Daten lie-

gen noch nicht vor) 23. Noch in den achtziger Jahren entfielen auf das Gebiet der ehemaligen DDR 30 Scheidungen auf 10 000 Einwohner.

Im Jahr 1999 wurden im Land Brandenburg 5 559 Ehen geschieden, 40,8 Prozent mehr als im Jahr 1995, aber nur 0,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Gegenüber 1990 wurde in etwa das gleiche Scheidungsniveau erreicht.

Eine beachtliche Bedeutung für die Scheidungsanfälligkeit einer Ehe besitzt die Ehedauer¹⁾. Bei genauer Betrachtung dieser wird auffällig, dass hier im Laufe der Jahre offensichtlich eine Verschiebung aufgetreten ist.

Die meisten Scheidungen erfolgten 1992 nach drei Ehejahren, 1996 nach sieben Ehejahren und 1999 erst nach zehn Jahren. Vermutlich hat das „verfluchte siebte Jahr“ seine Bedeutung verloren. Wurden 1995 zehn Prozent aller Ehen nach einer Dauer von sechs Jahren geschieden, lag dieser Anteil 1999 nur noch bei 3,6 Prozent. Die Silberhochzeit hatten im Jahr 1999 bereits 510 Ehepaare bei ihrer Scheidung hinter sich (9,2 Prozent der Scheidungen), 1995 waren es 214 Paare (5,4 Prozent) und 1992 66 Paare (3,9 Prozent).

War gegenüber dem Vorjahr noch ein geringfügiger Anstieg der Scheidungen insgesamt zu verzeichnen, so verringerte sich die Zahl der geschiedenen Ehen mit minderjährigen Kindern um

1) Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Jahr der Ehescheidung

Tabelle 2: Geschiedene Ehen nach Anzahl der minderjährigen Kinder dieser Ehen

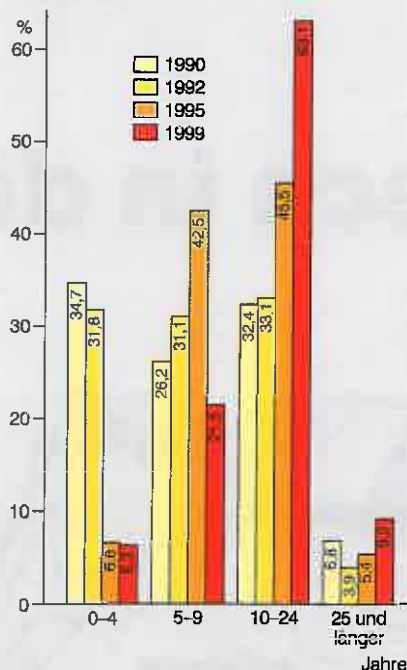
Jahr	Geschiedene Ehe							Betroffene minderjährige Kinder
	insgesamt	ohne Kinder	mit ... minderjährigen Kindern					insgesamt
			1	2	3	4	5 und mehr	
1990	5 282	1 777	2 071	1 224	165	32	13	5 211
1991	1 614	663	554	330	55	9	3	1 432
1992	1 687	568	666	395	42	13	3	1 652
1993	3 341	1 042	1 346	795	127	21	10	3 457
1994	3 851	1 147	1 608	920	140	30	6	4 020
1995	3 949	1 173	1 613	963	144	43	13	4 216
1996	4 016	1 168	1 701	982	127	30	8	4 207
1997	5 231	1 536	2 182	1 269	191	40	13	5 522
1998	5 540	2 149	1 958	1 211	169	40	13	5 119
1999	5 559	2 852	1 647	900	132	19	9	3 971

Das regionale Scheidungsverhalten weist deutliche Unterschiede und Schwankungen auf, was folgende Tabelle verdeutlichen soll:

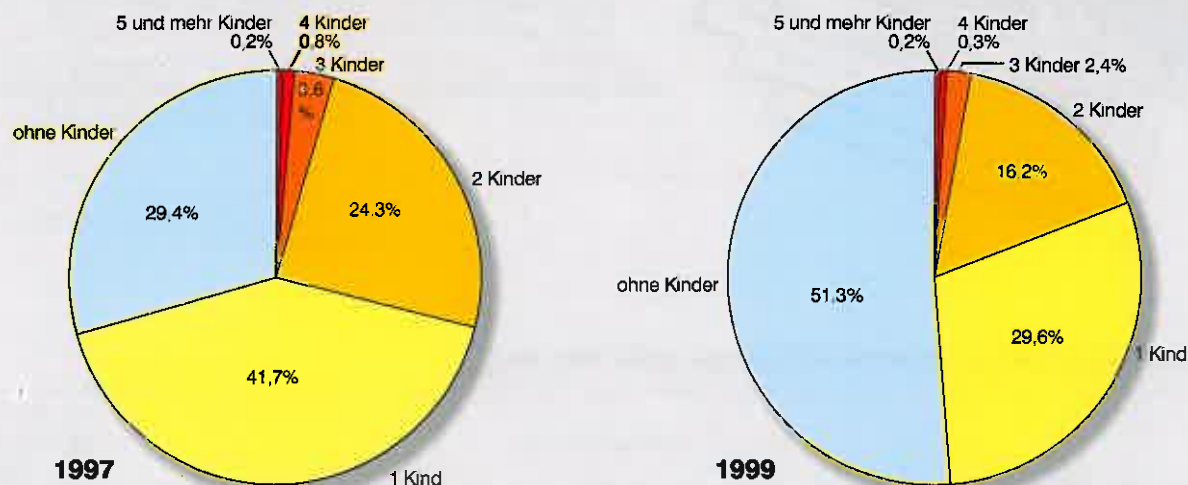
Verwaltungs- bereich	Geschiedene Ehen je 10 000 der Bevölkerung				
	1993	1995	1997	1998	1999
Kreisfreie Städte					
Brandenburg an der Havel	19,3	15,4	32,1	34,5	40,3
Cottbus	24,8	24,2	21,1	20,3	26,1
Frankfurt (Oder)	12,0	18,9	26,6	35,9	33,0
Potsdam	36,4	23,1	25,2	23,6	23,6
Landkreise					
Barnim	5,3	18,4	21,9	21,6	23,5
Dahme-Spreewald	14,1	9,0	15,4	20,5	18,9
Elbe-Elster	5,3	9,8	20,4	18,7	14,6
Havelland	18,5	20,0	17,4	19,5	18,7
Märkisch-Oderland	5,6	16,9	22,6	23,0	21,3
Oberhavel	12,8	7,6	22,9	23,7	20,7
Oberspreewald-Lausitz	7,8	11,5	22,5	20,2	14,4
Oder-Spree	10,1	17,3	27,2	23,4	23,7
Ostprignitz-Ruppin	10,9	12,7	19,7	19,9	20,3
Potsdam-Mittelmark	11,2	11,0	15,0	15,0	17,5
Prignitz	6,9	12,8	20,1	12,8	19,1
Spree-Neiße	13,9	17,0	17,7	16,5	16,7
Teltow-Fläming	15,7	20,7	12,4	22,9	20,9
Uckermark	11,5	16,8	14,4	24,2	26,5

1) Vorläufige Zahlen

Ehescheidungen nach der Ehedauer



Ehescheidungen 1997 und 1999 nach der Zahl der minderjährigen Kinder



etwa ein Fünftel. Bei Ehen mit einem Kind war die Anzahl der Scheidungen um 373 bzw. 26 Prozent niedriger, bei Ehen mit zwei und mehr Kindern um 311 Scheidungen bzw. 16 Prozent.

Im Gegensatz dazu stieg die Anzahl der Ehescheidungen kinderloser Ehepaare um 703 bzw. 33 Prozent.

3971 minderjährige Kinder waren im Jahr 1999 von der Scheidung ihrer Eltern betroffen, das sind 1148 Kinder weniger als noch im Jahr zuvor und 1551 weniger als im Jahr 1997, dem Jahr mit der höchsten Anzahl betroffe-

ner „Scheidungskinder“. Im Jahr 1999 stellten zu zwei Drittel die Frauen die Scheidungsanträge, die Männer wurden bei der Antragsstellung zu 29 Prozent aktiv und nur zu 3 Prozent gingen die Anträge von beiden Ehepartnern aus.

Wie in den vergangenen Jahren auch wurden 1999 62 Prozent der Ehen einverständlich nach einjähriger Trennung geschieden.

Eine nicht einverständliche Scheidung nach einjähriger Trennung wurde in 1623 Fällen vollzogen.

442 Ehen wurden nach dreijähriger Trennung geschieden, aber auch 60 Scheidungen wurden vor Ablauf der Jahresfrist rechtskräftig.

Bei der Scheidung ihrer Ehe war in 820 Fällen die Frau älter als der Mann, 1203 mal betrug der Altersunterschied weniger als ein Jahr. In der überwiegenden Zahl der Fälle war der Mann jedoch älter als die Frau.

Das regionale Scheidungsverhalten weist deutliche Unterschiede und Schwankungen auf (s. Tabelle oben).

Christel-Beate Seifert

Verbundprogrammierung:

Einer für alle, . . .

Herrmann Hollerith hat für die Volkszählung im Jahre 1890 in den USA informationsverarbeitende Maschinen (Hollerith-Maschinen) konstruiert und das erste Mal mit großem Erfolg statistische Daten maschinell aufbereitet. Dies war die Geburtsstunde der Nutzung der Informationstechnik (IT) für die Statistik.

Seit diesem Zeitpunkt wird die IT in immer größerem Umfang für die Realisierung der Aufgaben der amtlichen Statistik eingesetzt.

Die Durchführung der Bundesstatistiken obliegt den Statistischen Landesämtern und beruht auf dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG v. 22.1.1987).

In Deutschland werden die Bundesstatistiken arbeitsteilig von den Statistischen Landesämtern und vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Die Landesämter sind dabei für die Erhebung, die Plausibilisierung und die Tabellierung bis zur Landesebene zuständig. Sie verbreiten die regionalen Ergebnisse. Das Bundesamt erhält von den Landesämtern die Landesergebnisse und erstellt damit das Bundesergebnis.

Die für die Bundesstatistik erhobenen Einzelangaben dienen ausschließlich statistischen Zwecken.

Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung aufgeschlüsselt.

Bundesstatistiken müssen von allen Landesämtern in einheitlicher Weise durchgeführt werden. Die Koordinierung dieser Zusammenarbeit ist Aufgabe des Statistischen Bundesamtes.

Diese Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern wird als „**Verbund der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes**“ bezeichnet.

Der Verbund hat das Ziel, die Bundesstatistiken **kostengünstig und methodisch einheitlich** zu erstellen.

Dieser Programmierverbund der Statistischen Ämter ermöglicht

- eine arbeitsteilige Erstellung von Organisations- und Programmervorgaben
- die Erstellung, Pflege und den Austausch von Programmen sowie
- den Austausch von Daten und Dokumenten

Aus dieser gemeinsamen Aufgabenstellung heraus hat sich eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Ämtern des Verbundes beim Einsatz der IT entwickelt.

Wichtigste Aufgabe ist dabei, für die Durchführung der jeweiligen Statistik den technisch und organisatorischen Ablauf festzulegen und vom Betriebssystem unabhängige Programme (Verbundprogramme) zu entwickeln.

Dazu hat man sich auf Richtlinien geeinigt, deren Einhaltung von großer Bedeutung für das Funktionieren des Verbundes ist.

Für die Organisation der Zusammenarbeit zwischen den Landesämtern und dem Bundesamt ist der **Arbeitskreis für Informationstechnik (AKIT)** zuständig.

Unter dem Vorsitz des Bundesamtes und mit den IT-Referenten der Landesämter als Mitglieder wird in diesem Gremium seit mehr als 30 Jahren der gesamte IT-Einsatz des Verbundes gesteuert und koordiniert.

Verbundprogramme werden von einem Amt erstellt und von allen Landesämtern genutzt. Dadurch wird ein einheitlicher Ablauf unter Verwendung der gleichen Programme für alle Arbeitsschritte sichergestellt.

Damit dies funktioniert, müssen sich die Programme leicht zwischen den im Verbund zugelassenen IT-Plattformen portieren lassen.

Um dies zu erreichen, müssen Vereinbarungen über die für die Verbundprogrammierung zugelassene Hard- und Software sowie organisatorische Regelungen getroffen werden.

Dazu wurden erstmals am 10. Juli 1968 vom AKIT die **Richtlinien für die Stati-**

stische Verbundprogrammierung vereinbart.

In den Richtlinien für die Statistische Verbundprogrammierung werden zu folgenden Themen Festlegungen getroffen:

- zulässige Betriebssysteme
- Maschinenkonfiguration
- zulässige Programmiersprachen
- Software-Umgebung
- zu verwendende Bezeichnungen
- Richtlinien zum Datenflussplan
- Richtlinien für die Organisation
- Richtlinien zur Programmierung
- Anlage von Programm- und Zitierbibliotheksakten
- Programmversand, Änderungsdienst
- Versand von Daten
- Richtlinien zur Übertragung von Programmen und Daten
- Richtlinien für APC-Anwendungen
- Richtlinien zum Einsatz von ADABAS/NATURAL im Verbund

Diese Richtlinien werden durch Beschlüsse des AKIT ständig aktualisiert.

Sie sind verbindlich für die gemeinsame Programmierung statistischer Aufgaben; **Abweichungen sind nicht zulässig.**

Die Vereinbarung fußt auf der Tatsache, dass die gestiegenen sachlichen Anforderungen und die Unterschiedlichkeit der technischen Ausrüstung wie der Betriebssysteme eine außerordentlich strikte Zusammenarbeit erfordern. Das Funktionieren des Programmierverbundes und damit der Durchführung der praktischen Arbeit in allen Statistischen Ämtern hängt wesentlich davon ab, dass die Richtlinien genau beachtet werden.

Der Programmierer sollte immer vor Augen haben, dass das von ihm gefertigte Programm nicht nur in seinem Amt, sondern auch in anderen Landesämtern laufen muss, wo niemand das Programm und die damit verbundene Problematik genau kennt.

Daher ist es eine kollegiale Selbstverständlichkeit, dass

- alle erforderlichen Unterlagen beigefügt werden
- die Erläuterungen ausführlich, unmissverständlich und klar sind
- alle nur erdenkliche Sorgfalt darauf verwandt wird, allen anderen Benutzern das Verstehen der Arbeitsweise des Programms so einfach wie möglich zu machen sowie
- etwa aufgetretene Fehler oder angefallene Änderungen sofort und in verständlicher Form allen Ämtern mitgeteilt werden.

Die Verbundprogrammierung der Statistischen Ämter ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur mit dem ernsthaften Willen der Zusammenarbeit lösbar ist. Diese Zusammenarbeit erfordert Rücksichtnahme und gelegentlich etwas Mehrarbeit, die sich aber durch die Möglichkeit des Programmaustausches bezahlt macht.

Statistiken sind ohne den Einsatz von leistungsstarken Datenverarbeitungsanlagen und die Bereitstellung von „maßgeschneiderten“ Anwendungsprogrammen für die verschiedenen Phasen des Aufbereitungsprozesses nicht mehr wirtschaftlich zu erstellen.

In den vergangenen Jahren wurde die Organisation fast sämtlicher Bundesstatistiken (ca. 200) auf eine maschinelle Verfahrensweise umgestellt.

Die Entwicklung von Software für die neuen Organisations- und Aufbereitungskonzepte wurden schon frühzeitig auf die im Programmierverbund beteiligten DV-Abteilungen der Statistischen Ämter verteilt, wobei je nach Leistungsfähigkeit eines jeden Amtes unterschiedliche Programmentwicklungsbeiträge erbracht werden.

Um eine gerechte Verteilung der neuen Aufgaben auf alle Verbundteilnehmer vorzunehmen, wurde auf der Amtsleiterkonferenz im Oktober 1992 ein „**Beschluss über den Verteilungsschlüssel an der jährlichen Programmierleistung und der Bewertung von Einzelprogrammen in der Statistischen Verbundprogrammierung**“ gefasst.

Dieser besagt:

Alle im Statistischen Programmierverbund zusammenarbeitenden Ämter müssen auf der Basis einer **globalen Aufwand-Schätzung 80 Personenjahre/Jahr** an Leistung bereitstellen.

Die Aufteilung der Programmierressourcen auf die Ämter basiert zum einen



auf der Annahme, dass eine funktionsfähige Programmiergruppe aus mindestens drei Personen bestehen muss und andererseits innerhalb dieser Gruppe durchschnittlich qualifizierte und erfahrene Programmierer bereitstehen, die auch die im Verbund eingesetzten Programmiersprachen beherrschen.

Der Verteilungsschlüssel nimmt Anleihe an den im **GG Art. 51, Abs. II** über die Zusammensetzung des Bundesrates festgelegten Bezugsgrößen.

Auf dieser Grundlage sind folgende Kapazitäten je Land bereitzustellen:

Schleswig - Holstein	4
Hamburg	3
Niedersachsen	6
Bremen	3
Nordrhein-Westfalen	7
Hessen	4
Rheinland-Pfalz	4
Baden-Württemberg	6
Bayern	6
Saarland	3
Berlin	4
Brandenburg	4
Mecklenburg-Vorpommern	3
Sachsen	4
Sachsen-Anhalt	4
Thüringen	4
Statistisches Bundesamt	11
Summe	80

Um eine gerechte Verteilung der Lasten, gemäß dem neu festgelegten Schlüssel, gewährleisten zu können, wurden entsprechende Kontrollverfahren aufgebaut.

Dabei erfolgt die Bewertung der Verbundmitarbeit grundsätzlich anhand des **tatsächlich eingebrachten zeitlichen Aufwands (in Personen-Tagen, -Wochen, -Monaten usw.)**.

Für die Programmierung wird dazu ein **Funktionskatalog für Verbundprogramme** als Grundlage herangezogen. (Einteilung der Programme in verschiedene Programmtypen mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad und Festlegung der dazu benötigten Programmierzeit)

Auf der Basis dieses Katalogs folgt eine **Vorabschätzung** der pro Amt anliegenden Arbeiten. Im Nachgang meldet dann jedes Amt den wirklichen Zeitaufwand, den jede einzelne Programmier-/Organisationsarbeit benötigt hat.

Im AKIT wird am Ende eines jeden Jahres über den pro Amt geleisteten Aufwand ein Bericht erstellt und der Amtsleiterkonferenz vorgelegt.

Fazit: Ohne den Verbund wäre die Bundesstatistik in ihrer heutigen Organisationsform, der arbeitsteiligen Durchführung durch die Landesämter und das Bundesamt, aus Kostengründen nicht durchführbar.

Die Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern der Länder und des Bundes ist intensiv und sehr erfolgreich beim Einsatz der Informationstechnik.

Reingard Pollner

Publikationen des LDS BB:

Aktualisiertes Schulverzeichnis der allgemein bildenden Schulen

Das LDS BB hat das bekannte Schulverzeichnis in einer überarbeiteten Form herausgegeben. Es stützt sich dabei im wesentlichen auf die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg geführte Schuldatei.

Das Verzeichnis enthält folgende Angaben

- die **Namen und Anschriften** der Schulen
- die **Telefon- und Fax-Nummern**
- die **Namen der Schulleiter/-innen**
- die **Rechtsform** der Schule
- Angaben über die **Schülerzahlen** jeder Schule
- da wo vorhanden – die **Internet- und E-Mail-Adressen**
- und **erstmalig** ein Register mit den Orten, in denen sich Schulen befinden.

Schulverzeichnis der beruflichen Schulen

Auch für die beruflichen Schulen erschien ein aktualisiertes Schulverzeichnis auf der Basis des Schuljahres 1999/2000.

Das Verzeichnis enthält neben den Namen und Anschriften der 29 Oberstufenzentren, der 13 beruflichen Schulen in freier Trägerschaft sowie der vier eigenständigen Fachschulen, auch die Telefon- und Telefax-Nummern, – wenn vorhanden – die E-Mail- und Internet-Adressen sowie die

Namen der Schulleiterinnen bzw. Schulleiter. Im Anhang sind die Anschriften und Telefonnummern der staatlichen Schulämter und der Schulräte für berufliche Bildung verzeichnet.

Außerdem werden Schülerzahlen für das laufende Schuljahr ausgewiesen. Für Oberstufenzentren sind zusätzlich die Abteilungen, die Standorte und die eingerichteten Bildungsgänge aufgeführt. Das Verzeichnis gibt weiterhin einen Überblick über die an Berufsschulen und Berufsfachschulen angebotenen Ausbildungsberufe, über Fachrichtungen an Fachoberschulen und Fachschulen sowie über Schwerpunkte der gymnasialen Oberstufe.

Besonders gekennzeichnet sind Berufe für die Berufsausbildung Behinderteter. Die Berufe/Fachrichtungen/Schwerpunkte sind je Bildungsgang alphabetisch sortiert und jeweils dem ausbildenden Oberstufenzentrum bzw. der beruflichen Schule in freier Trägerschaft zugeordnet.

Beide Schulverzeichnisse sind als Broschüre und auf Diskette erhältlich.

Die allgemeinen Dateiformate (ASCII oder dBase) bieten den Nutzern alle Möglichkeiten der weiteren Bearbeitung nach ihren individuellen Bedürfnissen.

Das Schulverzeichnis der allgemein bildenden Schulen kostet – unverändert zum Vorjahr – 23,00 DM und das der berufsbildenden Schulen ist zum Preis von 18,50 DM erhältlich. Der Preis für die Diskettenversionen erhöht sich jeweils um 30,00 DM.

Statistischer Jahresbericht 1999

In der Publikationsreihe „Daten + Analysen“ des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik ist als Heft 3/2000 der „**Statistische Jahresbericht für das Jahr 1999**“ erschienen.

Als Pendant des regelmäßig im Herbst erscheinenden Statistischen Jahrbuches, enthält der Jahresbericht eine Vielzahl wichtiger Daten zur Bevölkerungs-,

Wirtschafts- und Sozialentwicklung des Landes Brandenburg.

Das Besondere des Berichtes sind die auf wichtige Kernpunkte gesamtgesellschaftlicher Entwicklung reduzierten Erkenntnisse über das Vorjahr, die ihrerseits Aussagen zu Trends und auch vergleichende Betrachtungen zulassen. Der 90-seitige Jahresbericht kostet 12,50 DM.

Broschüre „Kreiszahlen – ausgewählte Regionaldaten für Deutschland“

„**Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 1999**“ heißt eine weitere gemeinsame Veröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Für alle kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands wurden die wichtigsten Daten zusammengetragen. Sie erhalten für Ihre überregionalen Vergleiche Informationen über:

- Fläche und Bevölkerung
- Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit
- Landwirtschaft und Industrie
- Baufertigstellungen, Wohngebäude- und Wohnungsbestand
- Gastgewerbe, Kfz-Bestand, Verkehrsunfälle

- Bruttowertschöpfung
- Bundestagswahl 1998

Die jährlich erscheinende A4-Broschüre bietet eine Fülle weiterer amtlicher Ergebnisse und hat neben den 192 Textseiten auch eine Übersichtskarte. Das Heft kostet 25 DM.

„Kreiszahlen ...“ basiert auf der CD-ROM „Statistik regional“ (Datenbank mit der zum Betrieb erforderlichen Software). Die CD kostet 290 DM und enthält einen Gutschein, mit dem auf die nächste Ausgabe ein Preisnachlass von 50 Prozent gewährt wird. Komplettiert wird das Angebot regionaler Daten durch den „Atlas zur Regionalstatistik“ mit 80 Karten und Grafiken (48 DM).

Statistische Kurzinformationen

Umsatzsteuerstatistik 1998

Nach den endgültigen Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik 1998 erzielten die 74 883 erfassten Unternehmen mit einem Mindestjahresumsatz von 32 500 DM einen Umsatz von rund 98 Milliarden DM.

Die Steigerung gegenüber 1997 beträgt rund 0,2 Milliarden DM (0,2 Prozent).

Die Anzahl der steuerpflichtigen Unternehmen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 3,3 Prozent. Von den steuerbaren Umsätzen entfallen 96,7 Milliarden DM auf Lieferungen und Leistungen. Auf die innergemeinschaftlichen Erwerbe, die als Umsätze des EU-Binnenmarktes gesondert ausgewiesen werden, entfallen 1,3 Milliarden DM.

Die **umsatzstärksten Wirtschaftszweige** waren

- der Handel mit 29,2 Mrd. DM (30,2 Prozent)
- das verarbeitende Gewerbe mit 19,1 Mrd. DM (19,7 Prozent)
- das Baugewerbe mit 16,6 Mrd. DM (17,2 Prozent)
- Grundstücks- und Wohnungswesen,
- Vermietung beweglicher Sachen mit 10,8 Mrd. DM (11,2 Prozent)

70,6 Prozent der Steuerpflichti-

gen im Jahr 1998 waren Einzelunternehmen. Ihre Zahl erhöhte sich um 3,8 Prozent auf 52 888 Steuerpflichtige. Sie erzielten mit 23,5 Milliarden DM rund ein Viertel der Lieferungen und Leistungen, erbrachten jedoch mit 1,1 Milliarden DM fast ein Drittel der Umsatzsteuervorauszahlungen.

Die GmbH ist – gemessen an den Umsätzen – die dominierende Rechtsform. Gegenüber 1997 ist jedoch ein geringer Rückgang zu verzeichnen. Auf sie entfallen 43,0 Prozent der steuerbaren Umsätze. 1997 waren es 45,3 Prozent. Es folgen mit einem Anteil von 24,3 Prozent die Einzelunternehmen und die Offenen Handelsgesellschaften (OHG) mit 10,2 Prozent.

Im Jahr 1998 berechneten die Umsatzsteuerpflichtigen ihren Abnehmern 13,5 Milliarden DM an Umsatzsteuer. Unter Berücksichtigung der abziehbaren Vorsteuern von 9,7 Milliarden DM wurden von den Unternehmen ein Betrag in Höhe von 3,8 Milliarden DM als Umsatzsteuer-Vorauszahlung an die zuständigen Finanzämter abgeführt. Die Umsatzsteuer-Vorauszahlung erhöhte sich von 1997 zu 1998 um 4,8 Prozent.

Im Jahr 1998 gab es im Land Brandenburg 13 612 Umsatz-Millionäre und vier Umsatz-Milliardäre.

B. Angewandte Naturkraft.

1. Zahl der Dampfkessel, Dampfmaschinen, Dampffässer und Dampfturbinen²⁾ in Preußen 1879 bis 1918.
[Ergebnisse des Statistischen Landesamts, die für 1918 bisher unveröffentlicht sind.]

Am 1. April des Jahres	Feststehende Dampfkessel		Feststehende Dampfmaschinen		Bewegliche Dampfkessel und Lokomotiven		Dampf- kessel	Dampf- ma- schinen	Dampf- kessel	Dampf- ma- schinen	Dampf- fässer	Dampfturbinen ²⁾	
	über- haupt	davon auf Schiffen ²⁾	über- haupt	davon auf Schiffen ²⁾	über- haupt	davon auf Schiffen ²⁾	auf Binnenschiff.	auf Binnenschiff.	auf Seeschiffen	auf Seeschiffen		über- haupt	dav. auf Schiffen zu deren nicht zur Fortbewegung beweg. ²⁾
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1918 ⁴⁾	80 129	539	85 540	3 708	33 453	352	2 020
1917 ⁴⁾	80 076	543	85 584	3 704	33 447
1916 ⁴⁾	80 140

Statistisches Jahrbuch

für den

Preußischen Staat

16. Band

Herausgegeben vom

Preußischen Statistischen Landesamt

Berlin 1920

Informationsservice Inf.-Stelle/Bibliothek

Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Mehr als 50 000 Veröffentlichungen

- Bundesstatistik Deutschland
- Statistik der Bundesländer
- DDR-Statistik
- Statistische Berichte der Republik Österreich

Öffnungszeiten:

Mo.-Do. 9.00–15.00 Uhr
Fr. 9.00–14.00 Uhr